

GEW

EuWiS

September 2020

Zeitung "Erziehung und Wissenschaft im Saarland" des Landesverbandes der GEW im DGB

**PROFESSION IN
SCHWIERIGEN ZEITEN**



BILDUNG. WEITER DENKEN!



Thema: Profession in schwierigen Zeiten

Editorial 03

Thema: Profession in schwierigen Zeiten 04

- 04 "Unser Beruf wird nicht wertgeschätzt"
- 06 "Das Stresslevel war sehr hoch"
- 08 "Das nahm die Hälfte meines Arbeitstags ein"

Jugendhilfe & Soziale Arbeit 11

- 11 Geschlossene Heimerziehung im Saarland

Schule 14

- 14 Unterricht und Lernen in der Fernschule
Ergebnisse einer Online-Befragung unter Eltern im Saarland
- 16 Entfesselt die Schulleitungen
Die sinnvolle Weiterentwicklung der Schule nach Corona braucht gestärkte Führungskräfte

Gewerkschaft 18

- 18 Ein Zeichen für Bildungsgerechtigkeit
Die GEW unterstützte eine lokale Initiative in Saarbrücken (Wackenberg)
- 19 Abschied von Denis Goldberg

Info & Service 20

- 19 Erfolgreiche Arbeit sichtbar machen
Aktuelle Bewerbungsrunde im Wettbewerb "Demokratisch Handeln"

Bücher & Medien 21

- 21 Ein etwas anderer Familien-Film
- 22 Kohlrauschwarz

Zu guter Letzt ... 23



Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Mo. - Do.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 16.00 Uhr
 Fr.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 15.00 Uhr
 Telefon: 0681 / 66830-0,
 Telefax: 0681 / 66830-17
 E-Mail: info@gew-saarland.de
 Internet: http://www.gew-saarland

GEW-Service

Beratungszeiten für Mitglieder in Rechtsfragen

Mo., Di. u. Do.: 09.00 - 16.00 Uhr,
 Mi.: 13.00 - 17.00 Uhr

Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller,
 Tel.: 0681 / 66830-13,
 E-Mail: g.melles-mueller@gew-saarland.de
 Fr.: 13.00 - 16.00 Uhr unter
 Tel. (priv.): 0170 / 4151006

Beratung für Referendarinnen und Referendare

Max Hewer, Tel.: 0176 / 30456396
 E-Mail: m.hewer@gew-saarland.de

Beratungsdienst für Auslandsaufenthalt von Lehrkräften

Susanne Bleimehl
 Tel.: 0170 / 9655772
 E-Mail: susannebleimehl@gmail.com

Redaktionsschluss

07.09.2020
 (Oktober-Ausgabe)

09.10.2020
 (November-Ausgabe)

E-Mail: redaktion@gew-saarland.de

Impressum
 Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB,
 Landesverband Saarland, Geschäftsstelle:
 Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken
 Tel.: 0681/66830-0, Fax: 0681/66830-17
 info@gew-saarland.de

Redaktion
 Matthias Römer
 redaktion@gew-saarland.de
 Thomas Bock,
 Dr. Judith Frankhäuser,
 Anna Haßdenteufel,
 Helmut Stoll

Anzeigenverwaltung
 Andreas Sánchez Haselberger
 a.sanchez@gew-saarland.de

Layout
 Bärbel Detzen
 b.detzen@gew-saarland.de

Druck
 COD Büroservice GmbH
 Bleichstraße 22, 66111 Saarbrücken
 Telefon: 0681/393530, info@cod.de

Bildnachweis
 u.a. 123rf.com, GEW-Archiv, privat

Titelfoto
 www.stoc.adobe.com/@pathdoc (geändert)

Die Redaktion behält sich bei Beiträgen und Leserbriefen Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar und stehen in der Verantwortung des Autors.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.



Liebe Kolleginnen,
 liebe Kollegen,

zur Profession (lat. professio = öffentliches Bekenntnis, Beruf oder Gewerbe) gehört als Merkmal ein hoher Grad an persönlicher und sachlicher Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit in der Tätigkeit.

Dass es damit gerade in dieser „Corona-Zeit“ besonders für Lehrer*innen und Erzieher*innen nicht zum Besten bestellt ist, dürfte mittlerweile vor dem Hintergrund des darüber geführten Diskurses hinlänglich bekannt sein. So spiegeln die Statements auf den Seiten vier bis zehn der Septemerausgabe genau diese Schwierigkeiten und den Spagat wider, den die betroffenen Berufsgruppen erleben.

Die Schulöffnungen und die Öffnungen der Kitas, so war es in der letzten Ausgabe der

„ZEIT“ zu lesen, können als Alltagsexperiment gewertet werden, bei dem Erkenntnisse nicht ohne Risiko zu haben sind – gleichsam eine tastende Abwägung zwischen Epidemiologie und Bildungschancen. Von der Sorge um die Bildungschancen der Kinder, aber auch von der Belastung, der sich viele Eltern im „Corona-Stresstest“ ausgesetzt sahen, ist in der Zusammenfassung der Ergebnisse einer Online-Befragung unter Eltern im Saarland die Rede, die Bernhard Strube als Sprecher der Landeselterninitiative für Bildung für unsere Zeitung zusammengefasst hat.

Interessante Thesen zu Aufgaben, Qualifikation und Persönlichkeitsmerkmalen von Schulleiter*innen „nach Corona“ findet ihr auf den Seiten 16 und 17.

Ob im Präsenzunterricht oder in sogenannten ‚hybriden Modellen‘, der pädagogische Umgang mit Schüler*innen, die uns durch ihr Verhalten herausfordern, wird bleiben. Mit der Frage, ob eine geschlossene Heimerziehung für „Problem-Jugendliche“ wie sie zur Zeit die Arbeiterwohlfahrt in Homburg beabsichtigt, eine sinnvolle pädagogische Maßnahme ist, beschäftigt sich Rolf Fickeys, ehemaliger stellvertretender Leiter des Landesjugendamtes. Sein Fazit (Seite 13) fällt eindeutig aus.

Neben zwei Berichten unter der Rubrik „Gewerkschaft“ findet ihr das „Schlusslicht“

von Harald Ley auf der letzten Seite. Für die Rubrik „Saar mol...“ konnten wir für diese Ausgabe die Kollegin Steffi Schütz-Eich gewinnen, die in diesem Monat ihren 60. Geburtstag feiert.

Wenn diese Ausgabe unsere Mitglieder erreicht, hat sich der sogenannte „Regelbetrieb“ an allen Schulen im Saarland schon gut drei Wochen zu bewähren und auch in den Kindertagesstätten, die berechtigterweise seit langem zu den Bildungseinrichtungen gehören, wird unter Einhaltung der Hygienemaßnahmen versucht, den Kindern möglichst viel „Normalbetrieb“ zukommen zu lassen. „Der Mensch kann nur überleben, indem er sich selbst weiterentwickelt. Jeder, der stehen bleibt, jeder, der nichts mehr lernt, jeder, der keine Lust mehr hat, irgendetwas zu entdecken und zu gestalten, ist im Prinzip scheinot“, sagt der deutsche Hirnforscher Gerald Hüther.

Lassen wir es uns als diejenigen, die wesentlich den Bildungsprozess der uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen in der Hand haben, nicht nehmen, weiter aktiv nach Gestaltungsmöglichkeiten zu suchen – auch in schwierigen Zeiten.

Ich wünsche euch eine spannende Lektüre.
 Herzlichst Eure
Anna Haßdenteufel

ANZEIGE



COD Büroservice GmbH
 Mainzer Straße 35 66111 Saarbrücken
 Tel. 0681 39353-51 Fax 0681 6852301
 print@cod.de www.cod.de

„Unser Beruf wird nicht wertgeschätzt“

„Es war für uns alle eine außergewöhnliche Zeit“, sagt Ingrid König. Damit spricht die Leiterin der kommunalen Kita in Stennweiler wohl so ziemlich allen Kolleginnen und Kollegen aus der Seele. Neben der coronabedingten Schließung, die alleine bereits eine riesige Herausforderung war, musste das 18-köpfige Team ja auch die Notbetreuung organisieren – und sogar selbst in Quarantäne. Der Grund: Eine Erzieherin wurde positiv auf das neuartige Virus getestet. „Das gibt einem selbst ein mulmiges Gefühl“, gibt sie unumwunden zu. Das war Mitte Mai.



Ingrid König
Leiterin der kom. Kita in Stennweiler

Zu diesem Gefühl kommt noch die Verwirrung um die Hygienepläne. Denn da Stennweiler im Kreis Neunkirchen liegt, reagiert das Gesundheitsamt Neunkirchen beispielsweise auf die Anfrage einer Kollegin, ob ein Kind mit Schnupfen in die Kita kommen darf mit: Das regelt jede Kita für sich. „Das ist ziemlich schwammig für eine Pandemie“, erklärt die Kita-Leiterin. Zumal von dort eben vor allem Empfehlungen kamen. Da hätte sie sich ein deutlich stringenteres Vorgehen auf Landesebene gewünscht. Vielleicht liege das daran, dass Erzieherinnen und Erzieher als nicht systemrelevant gelten, wie man mutmaßen könne. Bis heute gibt es keinen landesweiten Rahmenhygieneplan für Kitas, wie es ihn für Schulen gibt. Sowohl vom Landesjugendamt als auch vom Bildungsministerium kamen nur Empfehlungen, was man aus hygienischer Sicht beachten muss.

„Unser Beruf wird nicht wertgeschätzt“, sagt sie deswegen. Man müsse das alte „Spielantantklichee“ loswerden, dass vielleicht noch in den einen oder anderen Köpfen der Öffentlichkeit vorherrsche. Denn in den Kitas gehe es ja auch um Bildung, genau wie in Schulen – doch Lehrer galten als systemrelevant. Die Geringschätzung zeige sich beispielsweise daran, dass während der Notbetreuung

auch Berufsfremde hätten eingesetzt werden dürfen. Auch durften und mussten sich die Kolleginnen und Kollegen zwar um „fremde“ Kinder kümmern – aber eben nicht um die eigenen. Da musste man selbst schauen, wer die Betreuung übernimmt.

Und auch wenn es während der Corona-Hochphase vor allem darum ging, dass „der Laden läuft“, fühle es sich derzeit ein wenig an, als sei man zurück in den 70ern. Da ging es ebenfalls vor allem darum, die Kinder zu betreuen, und es wurde weniger Wert auf den Bildungsvorgang gelegt. Fragen, die sie und ihr Team seitdem umtreiben, sind etwa: „Was ist mit den Zielen unserer Konzeption?“ Dazu gehört beispielsweise der Bildungsbereich „Körper, Bewegung und Gesundheit“ mit einem ausgewogenen Frühstücksbuffet und entsprechender Mittagsverpflegung. Dies ist zurzeit natürlich nicht möglich. Durch das Separieren der Gruppen bleibt täglich auch nur eine Stunde je Gruppe Bewegung im Außengelände – „im Sommer sind wir sonst den ganzen Tag draußen.“

Diese ungewohnte Situation und die eventuell falsch interpretierte Aufgabe der Erzieherinnen und Erzieher führe bei den Eltern auch zu etwas Ungeduld und zu großer Vorsicht, wie Ingrid König erzählt. Die Notbetreuung beispielsweise wurde vor allem dann angenommen, wenn sie auch wirklich dringend benötigt wurde. Die Kinder wiederum würden sich prima verhalten, hätten viele Informationen zu Corona parat und würden sich gegenseitig und sogar die Erzieherinnen und Erzieher ermahnen, wenn man drohe, zu wenig Distanz zu halten, oder wenn man kurz den Mund-Nasen-Schutz vergesse, wie sie schmunzelnd erzählt.

Nun gehe bald der Regelbetrieb wieder los. Dazu könnten die Kinder zwar das Außengelände nutzen, aber mit fünf Gruppen werde es auch dort relativ eng. Die kommunale Kita Stennweiler hat derzeit rund 95 Kinder, von denen 75 die Kindergarten-Plätze nutzen und 20 die Krippe besuchen. Während der Schließung wurde ein vierwöchiges Waldprojekt umgesetzt – auf digitalem Weg. Bilder von dem lehrreichen Projekt, das auch eine Rallye beinhaltete, wurden dann unter anderem per WhatsApp an die Eltern geschickt. „Das hat gut funktioniert“, sagt sie, fügt aber an: „aber live ist es besser.“



Foto: GEW Archiv/Shutterstock

„Man hat nicht mit den Leuten vor Ort geredet“

Ebenfalls ein wenig wie das „letzte Glied in der Kette“ fühlen sich Nora Thon und Regine Ohlmann. Nora Thon ist die stellvertretende Leiterin der Villa Kunterbunt in Namborn, Regine Ohlmann arbeitet dort als Erzieherin. Auch sie kritisieren, dass ihr Berufsstand als nicht systemrelevant galt. Auch sie bemängeln die unterschiedliche Handhabung der verschiedenen Kreise. In der Villa Kunterbunt beispielsweise sind nicht nur Kinder aus dem Kreis St. Wendel angemeldet, sondern auch aus dem benachbarten Kreis Neunkirchen und sogar aus Rheinland-Pfalz. Hygieneregeln waren in dem Bundesland wiederum anders empfohlen als im Saarland.

Sie bezeichnen den eingeschränkten Regelbetrieb ab dem 6. Juni als „den für uns schwierigsten Teil“. Bei bis zu 25 Kindern pro Gruppe seien Abstand und gegenseitiger Schutz nur schwer umsetzbar gewesen. Die Auslastung in ihrer Einrichtung betrage normalerweise 100 Prozent. Während dieser Zeit waren es lediglich 40, danach dann wieder 100. Die Notbetreuung wiederum lief anfangs „etwas holprig“, wie sie zurückblicken. Hier kritisieren sie den Informationsfluss seitens des Ministeriums. Einige Eltern hätten sogar gedacht, die Erzieherinnen und Erzieher vor Ort wüssten mehr über die Pandemie, als man preisgeben würde.

Zum Infolfluss merken sie an, dass auch die Einrichtungen selbst viel erst aus den Medien erfahren hatten, bevor das Ministerium offizielle Verlautbarungen machte. Doch erst die

se offiziellen Anweisungen und Empfehlungen würden zählen. „Man hat nicht mit den Leuten vor Ort geredet“, bringen sie es auf den Punkt und fügen an: „Es war alles sehr überstürzt.“ Man hätte sich intern beispielsweise den Umgang mit den Hygieneregeln anders gewünscht. So fühlte man sich sowohl vom Ministerium als auch vom Landesjugendamt alleingelassen. Das sei auch der Tenor von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Einrichtungen, mit denen man sich ausgetauscht habe.

Was vor allem Regine Ohlmann betrifft, ist der Umgang mit der vulnerablen Gruppe. Da sie die 60 Jahre überschritten hat, zähle sie dazu, wie sie erzählt; sie hätte also von zu Hause aus arbeiten können, administrative oder organisatorische Dinge zum Beispiel. Das Team habe sich sogar dafür ausgesprochen. Doch als sie erfuhr, dass der Antrag zweier Kolleginnen auf Befreiung von der Präsenzpflicht „abgeschmettert“ wurde, habe sie ihren Antrag gar nicht erst gestellt. Hier zeige sich ein gravierender Unterschied im Umgang mit den Berufsgruppen Erzieher und Lehrer. Letztere hätten einen deutlich umfangreicheren Schutz während der Corona-Hochphase gehabt.

Der Umgang mit den Kindern sei zwar der Pandemie geschuldet, aber halt unglücklich. Wenn Erzieherinnen und Erzieher die Maskenpflicht erfüllen müssen, fehle durch das Wegfallen von Mimik und Gestik ein wichtiger Teil der Arbeit. Und auch wenn sich die Kinder durchaus gefreut hätten, dass man man zu Hause habe bleiben können, seien mehr als

zwei Monate kein Regelbetrieb schon anstrengend für alle. Und die auflockernden Gespräche mit den Kleinen, um sie in der Einrichtung „ankommen zu lassen“, seien ebenfalls kaum mehr möglich. Nora Thon und Regine Ohlmann hätten sich eher gewünscht, alle Vorgaben und Empfehlungen stufenweise zu regeln.

„Das schließt Menschen einfach aus“

Ein weiteres Problem, was vor allem die Digitalisierung angeht, benennt Liliane Rosar-Ickler von der Gebundenen Ganztagsgrundschule Füllengarten in Saarbrücken. Dort hat sie seit mehr als fünf Jahren die Sozialpädagogische Leitung inne. „Burbach ist ein benachteiligtes Quartier“, erklärt sie. Viele Kinder kämen aus Haushalten mit geringem Einkommen, sodass eine unzureichende technische Ausstattung das Homeschooling erschwerte und den Lehrkräften viel Problemlösungsmanagement abverlangte. Der Standort habe einen hohen Migrationsanteil, was die Kommunikation an sich bereits erschwere. Hinzu kommt, dass für viele Kinder und Eltern der Umgang mit Smartphones, PCs und sozialen Medien ungewohnt sei.

„Das war unglaublich schwierig“, sagt sie dementsprechend über das Homeschooling, das während der Schulschließung angesagt war. Im Normalfall ist der Präsenzunterricht von montags bis donnerstags bis 15.45 Uhr, wobei zur großen Pause noch ein kostenloses Mittagessen gereicht wird. Hausaufgaben im klassischen Sinne gebe es nicht. Zudem sei das Konzept der Schule, dass sie sehr inklusiv betrieben werde und man sehr viel Zeit in die individuelle Lerngeschwindigkeit investiere. Und trotz dieser Widrigkeiten oder dem Umstand, dass man für Gespräche mit Flüchtlingskindern oder deren Eltern unter Umständen einen Dolmetscher benötigt oder mit Geschwisterkindern kommuniziert, die eher Deutsch sprechen, habe sie festgestellt: „Alle waren verständlich, niemand hat sich beschwert.“

Natürlich habe man sich Sorgen um einige Familien gemacht. Denn das reguläre kostenlose Mittagessen fiel ja aus, sodass sich die oft



Liliane Rosar-Ickler
Sozialpäd. Leitung der Geb. Ganztagsgrundschule Füllengarten

finanziell schwachen Eltern selbst um die Versorgung kümmern mussten. Sie berichtet von einer Familie, die Arbeitslosengeld II bezieht und acht Kinder versorgen muss. Da die Familie auch nicht mobil ist, musste sie bis zu dreimal am Tag einkaufen gehen. Auch ein Problem war während der Corona-Hochphase, dass zahlreiche Ämter geschlossen waren und die Eltern oftmals auch noch Probleme mit den ohnehin umständlich formulierten Verwaltungsformularen hätten. All diese Widrigkeiten fasst sie kurz zusammen: „Das schließt Menschen einfach aus und erhöht die Chancengleichheit.“

Liliane Rosar-Ickler war selbst sechs Wochen im Homeoffice, hat eine 16-jährige Tochter, die durch Asthma zur Risikogruppe gehört und deswegen den Rest des Schuljahres die Schule nicht besuchen durfte, und einen Vater, den sie pflegt. Homeoffice fand sie für sich „sehr sehr gut“ um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerade unter diesen besonderen Umständen leisten zu können, und würde die Möglichkeit begrüßen, wenn dies auch zukünftig tageweise und flexibel angepasst angeboten werden würde. Mit Beginn der Notgruppen musste sie jedoch in den Dienst zurückkehren, ihr Attest für vulnerable Angehörige wurde vom Arbeitgeber nicht anerkannt. Die Schule am Füllengarten selbst soll in der näheren Zukunft digital aufgerüstet werden. „Derzeit gibt es kaum Ausstattung“, erklärt sie. Auch auf den Fachkräftemangel weist sie hin, die erhöhte Personalisierung der Notgruppen war schwierig umzusetzen.

Grundsätzlich sollten mehr Vollzeitstellen in den sozialpädagogischen Bereichen geschaffen werden, was ja auch schon lange eine Forderung der GEW sei. Derzeit arbeiten die Erzieher*innen mit maximal 30 Wochenstunden, was die Stellen für junge Menschen wegen des geringen Einkommens unattraktiv macht, und die Verzahnungszeiten mit den Lehrkräften im Vormittag zeitlich schmälert. Die Kinder habe sie während der Schließung schon vermisst, wie sie erzählt. Nach der Wiederöffnung sei es natürlich schwierig gewesen, so wie davor zu agieren – Kinder mal verarzten oder sie tröstend in den Arm zu nehmen sei derzeit ja nicht möglich. Nach der Wiederöffnung seien viele Kinder unsicher wegen der neuen Situation gewesen. Manche hätten geweint, andere wiederum aggressives Verhalten gezeigt, was die Bezugserzieher*innen emotional stark belastete. „Es waren teilweise keine schönen Momente in den letzten Wochen“, sagt Liliane Rosar-Ickler. ■

„Das Stresslevel war sehr hoch“

Ein wenig schief angeschaut wurde Jens Ammer. Der Bio- und Chemielehrer am Albertus-Magnus-Gymnasium in St. Ingbert befand sich Ende Februar gerade auf einem Seminar in Gummersbach, als die Medien immer öfter über Corona berichteten. Da teilte er bereits seine Meinung mit, dass es eventuell Schulschließungen geben könnte. Bereits zu diesem Zeitpunkt regte er an, E-Mail-Adressen für künftige Kommunikation zu sammeln. „Ich glaubte, die könnten wichtig werden“, sagt er zurückblickend.



Jens Ammer
Lehrer am Albertus-Magnus-Gymnasium in St. Ingbert

Es war die Zeit, in der sich die Meldungen zu dem neuartigen Virus immer weiter verbreiteten und man sich damit auseinandersetzten musste, mitten in einer Pandemie zu stecken. Morgens hörte man etwas anderes als nachmittags, die Nachrichten überschlugen sich. Bei der Kommunikation zu den Einrichtungen schien sich sogar das Ministerium selbst etwas unsicher zu sein wie er vermutet. „Das war verbesserungswürdig“, drückt er es aus. „Das Stresslevel war sehr hoch“, sagt er. Wobei er Verständnis zeigt, denn auf allen Entscheidungsträgern lastete wohl enormer Druck. Deswegen war eine der Hauptquellen für den Infofluss die Internetseite des Saarländischen Rundfunks.

Im Gespräch erinnert er sich jedoch, dass es so ähnlich bereits beim Orkan „Sabine“ lief, der im Saarland am Sonntag und Montag, 9. und 10. Februar, wütete. Denn obwohl es bereits im Vorfeld Warnungen dazu gab und andere Bundesländer den Unterricht bereits einige Tage vorher gecancelt hatten, ließ sich das saarländische Bildungsministerium Zeit – und schickte am Samstagabend vorher die Ankündigung, dass die Schulen selbst entscheiden konnten, ob sie geöffnet oder geschlossen haben. Das hatte für ihn zur Folge, dass er den kompletten Sonntag nur am Telefonieren war und auch zu einer Krisensitzung musste; trotz und wegen „Sabine“ – „... und selbst am Montagmorgen unter lebensgefährlichen Bedingungen zur Schule fuhr“, wie er erzählt.

Er hält seinen Wunsch fest, dass man die Schulen früher hätte informieren sollen – und dass man ihnen größeren Spielraum für eigene Entscheidungen hätte einräumen sollen. Denn für die Zeit der Wiederöffnung gab es einen Plan seitens des Ministeriums, der unter anderem beinhaltete, zwei Eingänge anbieten zu müssen und nur drei Klassenstufen auf einmal im Gebäude zu halten. Im Albertus-Magnus-Gymnasium wäre das so nur schwer umsetzbar gewesen. „Wir sind eher eine kleine Schule“, erklärt er. Darum musste die Schule mit Zeitaufwand noch einen eigenen Plan kreieren, beziehungsweise den des Ministeriums anpassen. Nach Ablehnung und Rechtfertigung wurde dieser schließlich genehmigt.

Und auch die Eltern wollten wegen Corona und den Folgen ja Gewissheit haben; manche waren wegen diesem Hin und Her teilweise sogar genervt. Und auch in der Zeit der Schließung stoppte die Arbeit ja nicht. Täglich mehrere Mails von Eltern, Kollegen und den Abiturienten selbst galt es, abzuarbeiten. Immerhin liefen ja bereits die Vorbereitungen auf das Abitur. Doch die Digitalisierung zeigte sich noch nicht soweit: Zwar kommunizierte man – auch nach der Wiedereröffnung – per Mail, Telefon, Google Drive und Portalen wie Skype und vor allem Hangout. Doch Unterricht per Videokonferenz mit zehn Teilnehmern und zusätzlichen acht ohne Sichtkontakt sei halt nicht sehr sinnvoll. Zudem griff er auf privates Druckerpapier und privaten Toner zurück und gab sogar seine private Telefonnummer heraus. Locker auf 40 bis 50 Stundenwochen sei er gekommen. „Die Grenze der Belastbarkeit war nicht nur erreicht, sondern überschritten“, erklärt er. Und er fügt seinen Wunsch hinzu, dass Ministerin Christine Streichert-Clivot die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer explizit in der Öffentlichkeit loben solle.

„So kamen die Mängel des Schulsystems hoch“

„Die Corona-Zeit hat die Missstände offengelegt“, pflichtet ihm Barbara Roth bei. Die Sonderpädagogin ist Förderschullehrerin an der Gemeinschaftsschule Dudweiler und vom Sonderpädagogischen Förderzentrum in Saarbrücken abgeordnet. Nachdem das Theodor-Heuss-Gymnasium in Sulzbach und die Freiwillige Ganztagsgrundschule Rodenhof in Saarbrücken geschlossen wurden, sei klar gewesen, dass es jetzt in allen Einrichtungen losgehe. Und dass man eigentlich immer zu



Barbara Roth
Förderschullehrerin an der GmS Dudweiler

wenigen Stunden, habe man nun eindeutig wieder gemerkt. Denn für die kleineren Gruppen hätte man beispielsweise das Doppelte an Lehrkräften benötigt, wie sie sagt.

Schülerinnen und Schüler, die aus sozial und familiär prekären Familien stammen, habe es besonders hart getroffen. Als diese beispielsweise Homeschooling betrieben, mussten sie zu Hause auf engstem Raum lernen. Hausaufgaben überbrachte Barbara Roth persönlich, unter anderem am Fenster der Häuser. Von dort aus redete sie auch kurz mit den Kindern. Oftmals haperte es an Hardware, wie einem Laptop oder einem Drucker, was eigentlich zur Grundausstattung gehöre und bezuschusst werden könne. Das Problem in der Praxis: „Das Geld können viele nicht vorstrecken.“



Foto: GEW Archiv/Shutterstock

Sie betreut rund 20 Kinder mit Förderbedarf, darunter etwa zehn abgestufte, sechs mit emotionaler und zwei mit geistiger Beeinträchtigung und je eines mit körperlicher und sprachlicher Beeinträchtigung. Schön sei es gewesen, dass sich viele der Schülerinnen und Schüler von sich aus gemeldet hätten, per WhatsApp beispielsweise. Oder auch über die Onlineschule Saarland, wobei es auf der Plattform öfter mal zu Schwierigkeiten bei der Anmeldung gekommen sei. Etwa, weil das Passwort nicht angenommen wurde. Wenn man zudem bedenke, dass viele Toiletten in den Schulen in dringend renovierungsbedürftigem Zustand seien und es ganz oft auch nicht genügend Räumlichkeiten zum Unterrichten gebe, sehe sie die langjährigen Forderungen der GEW nach Behebung aller Missstände bestätigt.

Viele der Kinder hätten während der Schließung ihre Freunde vermisst, erzählt sie. Viele hätten sich zudem ganz viele Gedanken um Corona und die Folgen gemacht. Einige hätten davon berichtet, dass sie alleine zu Hause hätten viel besser lernen können als mit so vielen anderen zusammen in den großen Klassen. Bei anderen wiederum habe man gemerkt, dass ihnen der Bezug zur Schule und zum Lernen gefehlt habe, wenn sie sie nicht regelmäßig zu Hause besucht habe. „Einige Kindern wären uns abhandengekommen“, warnt sie und fügt hinzu: „So kamen die Mängel des Schulsystems hoch.“

„Man findet auch zu normalen Zeiten kaum Gehör“

Ogleich die Mängel im System offensichtlich wurden, wurde dennoch nicht zukunfts-trächtig gehandelt. Ein Fakt, der auch Stephanie Kirsch umtreibt. Die Lehrerin für Bildende Kunst, evangelische Religion und Darstellendes Spiel ist an der Gemeinschaftsschule Blieskastel beschäftigt. Sie wundert sich sehr darüber, wo die ganzen kritischen und notwendigen Diskussionen für die Welt nach Corona hin sind. Würden anfangs noch utopische, verbessernde Szenarien entworfen, sei dies nun im Grunde völlig im Sande verlaufen. Das gelte auch für die Schule.

„Man findet auch zu normalen Zeiten kaum Gehör“, sagt sie. Dabei hätten doch auch die Lehrkräfte, Eltern und Schüler wichtige Erfahrungen aus der täglichen Praxis und könnten Lösungsideen beitragen. Doch sie bemängelt, dass es seitens des Ministeriums keinen runden Tisch und keine offenen Gespräche gegeben habe. Man sehe es etwa an der Digitalisierung des Unterrichts. Da habe es nun den Anschein, als solle einfach weitergemacht werden wie vor Corona. Es sei fraglich, ob die Schulen bei einem erneutem Homeschooling digital schon besser ausgerüstet seien. Dabei gebe es viele praktische Vorschläge, um das System zu verbessern.

Eine Kombination von Präsenz- und Fernunterricht im Schichtbetrieb beispielsweise. So könnten alle Schüler täglich einige Stunden in die Schule gehen und spätere Unterrichtsstunden eventuell im Homeschooling betreiben. Weil nicht alle gleichzeitig im Gebäude seien, gebe es mehr Räumlichkeiten. So könne der vom RKI für die Schließungen empfohlene Abstand in den Klassenzimmern ebenso eingehalten werden, wie das auch in allen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens vorgeschrieben sei. Außerdem wären so kleinere Lerngruppen möglich, wovon viele ihrer Schüler bereits jetzt profitiert hätten. „Die Kinder bleiben eher am Ball“, setzt sich Stephanie Kirsch für individuellere Betreuung ein. Das seien Aspekte, die in Lehrerzimmern „rauf und runter“ diskutiert würden.

Auch wenn sie mit der Kommunikation zwischen Ministerium und Schulen nicht zufrieden ist, hält sie eine Verbesserung für möglich. Sie plädiert erneut für einen runden Tisch, an dem man auf Augenhöhe miteinander sprechen könne. „Wir müssen öfter zusammenarbeiten“, sagt sie. Doch manchmal wirke es so, als würden sich die verschiedenen Interessen widersprechen, als wären Recht auf Bildung, planbare Berufsausübung, effektive Prävention und Gesundheitsschutz nicht miteinander vereinbar. Dabei wollten doch alle Beteiligten, Schüler, Eltern und Lehrer, einen Schulbetrieb, der lange störungsfrei lau-



Stephanie Kirsch
Lehrerin für Bildende Kunst, evangelische Religion und Darstellendes Spiel an der GmS Blieskastel

fen könne, weil es nicht zu neuen Infektionen kommt. Auch Schüler müssten mit ins Boot geholt werden. Hier zeigt sie sich enttäuscht darüber, dass etwa die Landesschülervertretung offensichtlich nicht angehört wurde. Sie als Vermittlerin für musische Fächer verstehe auch nicht, dass während Corona der Fokus ausschließlich auf die prüfungsrelevanten Fächer gelegt wurde. Nach der Prüfungsvorbereitung für HSA und MBA lag die Hauptlast weiter auf den Lehrkräften, die schriftliche Fächer unterrichten. „Macht das eigentlich Sinn?“, fragt sie herausfordernd und merkt an, dass Kunst und Bewegung ebenfalls wichtig seien.

Sie selbst war bis zum Ende der Osterferien im Homeoffice. Nur während der Vorbereitung der Abschlüsse kam sie ins Gebäude zurück, danach arbeitete sie wieder von zu Hause aus. In ihrer Homeoffice-Zeit drehte sie mit ihrem Smartphone unter anderem kleine Tutorials und verschickte sie per Dropbox an ihre Schülerinnen und Schüler – trotz datenschutzrechtlicher Bedenken. Außerdem hielt sie telefonisch den Kontakt zu Schülern und Eltern ihrer Klasse aufrecht. Parallel dazu nahm sie an Webinars zum digitalen Lernen in ihren Fächern teil und arbeitete sich in online-schule.saarland ein.

Die Vorgaben, die nach den Sommerferien gelten, sieht sie eher kritisch, unter anderem, weil der Gesundheitsschutz für Schüler und Lehrkräfte nicht ausreichend sei. Immerhin gibt es für Lehrkräfte, die wie sie selbst zur schutzbedürftigen Gruppe zählen, eine FFP2-Maske. Während des Schultages muss sie 75 Minuten lang getragen und danach für 30 Minuten eine Masken-Pause eingelegt werden. Abgesehen davon, dass dies zeitlich mit den Unterrichtsstunden nicht zusammenpasse, bemängelt sie, dass gerade das Sprechen mit Maske anstrengend sei, da man noch mehr kondensierte Atemluft einatmen – oder wie sie es bezeichnet: „Warmer Sumpf.“

Nach Kräften die Schüler unterstützt

Auf einen ähnlichen Aspekt weist eine Kollegin hin, die in einer Gemeinschaftsschule arbeitet und anonym bleiben möchte. Sie selbst gehört wegen einer chronischen Lungenerkrankung zur vulnerablen Gruppe und wollte sich wegen der berechtigten Angst vor

einem schweren Covid-19-Verlauf nach einer eventuellen Ansteckung von ihrer Präsenzpflicht befreien lassen. Bereits im Frühjahr reichte sie ein ärztliches Attest ein. Ihre Erkrankung gibt ihr täglich das Gefühl, unter Bronchitis zu leiden, und bereits bei einer normalen Erkältung dauere es lange, bis sie wieder genesen ist. Sie lässt sich regelmäßig gegen Grippe oder Pneumokokken impfen und setzt ihre Hoffnung nun auf einen Impfstoff gegen das neuartige Virus. Ab dem Lockdown arbeitete sie dann zu Hause.

Doch der Online-Unterricht war wegen der bereits geschilderten hinterherhinkenden Digitalisierung nur schwer umsetzbar. Hinzu komme, dass man als Lehrkörper ohnehin sehr häufig Anfeindungen ausgesetzt sei: „Man hat zu viele Ferien, man ist zu früh zu Hause“, seien einige der Vorurteile. Das stimme aber nicht: Man arbeite abends, am Wochenende und auch in den Ferien. Vielleicht habe sie sich wegen der Vorurteile und des steigenden gesellschaftlichen Drucks dann zu Hause noch mehr unter Leistungsdruck gesetzt, was die Güte des Online-Unterrichts anbelangt. Alle benutzten Geräte waren übrigens private Endgeräte: Notebook, Handy, Drucker. Das finde sie aber nicht weiter schlimm.

„Das nahm die Hälfte meines Arbeitstags ein“

„Für mich war die Umstellung mit mehr Arbeit verbunden“, sagt Claudia Kilian. Die Berufsschullehrerin, die am BBZ Homburg Deutsch und Englisch unterrichtet, fügt hinzu: „In jeder Woche galt es, andere Aufgaben zu bewältigen. Digitale Wege zu finden, sich einzulesen, sie auszuprobieren, Abläufe und Routinen zu organisieren, Informationen des Ministeriums aufzubereiten und weiterzuleiten, Kontakt zu Schülern und Kollegen aufzubauen, zu halten und nachzufragen. Das alles hat wenig mit dem Vermitteln von Lerninhalten zu tun, nahm aber schon die Hälfte meines Arbeitstags ein.“

Dann waren da ja noch die eigentlichen Aufgaben einer Lehrkraft: die didaktische Aufbereitung von Arbeitsmaterialien, damit die Schülerinnen und Schüler sie in Einzelarbeit und mit dem Smartphone nutzen konnten. Arbeitsergebnisse und Lernfortschritte evaluieren und rückmelden, zwischendurch immer wieder Rückfragen beantworten, Videokonfe-

Trotz der Widrigkeiten habe sie gerade mit den älteren Schülerinnen und Schülern gute Erfahrungen gemacht, was den Online-Unterricht angeht. Deswegen geht sie davon aus, dass ein Wechsel zwischen Präsenzunterricht und Homeschooling durchaus gut praktikabel wäre – wenn alle Schüler und Schülerinnen einen PC oder ein Tablet mit Internetzugang hätten und noch ein wenig an den Kompetenzen sowie der Handhabbarkeit der Online-Plattformen gearbeitet würde. Wichtig wäre vor allem eine Ausstattung, die gleiche Zugangsmöglichkeiten für alle schafft, sodass Verbindlichkeit möglich ist, die Teilnahme auch verpflichtend ist und Leistungen benotet werden könnten.

Die vom Ministerium beschlossenen Maßnahmen für den Regelbetrieb nach den Sommerferien hält sie „für völlig unzureichend, weil alles, was in der übrigen Gesellschaft praktiziert wird – Abstand, Alltagsmaske, Desinfizieren der Hände wahrscheinlich auch – außer Kraft gesetzt wird.“ Unter anderem werde aber auch ausgesagt, dass eine Maskenpflicht für Kinder und Jugendliche im Hochsommer eine unzumutbare Belastung wäre. Sie sagt: „Das Tragen einer FFP2-Maske ohne Ausatemventil, wie es in der Standard-Schutzausrüstung für Vulnerable zum Selbstschutz

renzen mit kleinen Gruppen halten und vieles mehr. Sie berichtet: „Was mich aber noch mehr belastete, war die Entgrenzung der Arbeitszeit. Spät abends gab es noch wichtige Informationen des Ministeriums und bei 100 Schülerinnen und Schülern hat jeder zu einer anderen Zeit eine Frage zu einer anderen Aufgabe. Gefühlt hatte ich nie Feierabend, solange ich online war.“ Hinzu kam, dass durch die Schulschließungen und dem Festhalten an Abschlussprüfungen mehrere Prüfungen parallel organisiert, abgenommen und korrigiert werden mussten – während die Präsenz- und Onlinebeschulung weiterlief. „Das war eine extreme Belastung für viele Kolleginnen.“

Als die Schulen geschlossen wurden, hatte sie von einigen Schülern noch nicht mal eine E-Mail-Adresse. Man habe gemeinsam von Null angefangen, verschiedene Plattformen ausprobiert und einen Weg gesucht. Sowohl die Schüler als auch sie selbst hätten vom „Learning by doing“ profitiert. Aber im Hinter-

vorgesehen ist, stellt für ältere und vorerkrankte Kolleginnen eine möglicherweise wesentlich größere Belastung dar.“

Ihr bleibe die Möglichkeit, sich vom BAD-Betriebsarzt hinsichtlich der Persönlichen Schutzausrüstung (PSA) beraten zu lassen. Dieser spreche unter Umständen Empfehlungen aus, die den individuellen Schutz verbessern. Sie sagt: „Ob die Empfehlungen nun hinreichend umgesetzt werden (können), bleibt abzuwarten. Es ist meiner Meinung nach ein gutes Angebot.“

Dass die Ministerin in einer Pressemitteilung ausdrücklich den „großartigen Einsatz“ derjenigen Lehrkräfte lobt, die ab Mai Unterricht in ihren Schulen gaben, obwohl sie aufgrund der damals bestehenden Regelungen wegen einer Risikogruppen-Zugehörigkeit von der Präsenzpflicht befreit waren, empfindet sie als abwertend denjenigen gegenüber, die begründete Ängste hatten und den damaligen Empfehlungen des RKI und dem Angebot des Ministeriums zur Befreiung folgten. Auch diese Lehrkräfte hätten nach Kräften versucht, ihre Schulen, Schüler und Schülerinnen zu unterstützen. ■



Claudia Kilian
Berufsschullehrerin am
BBZ Homburg

kopf war immer die Befürchtung nicht datenschutzkonform und rechtssicher zu handeln. Allerdings habe sie beobachtet, dass die Akzeptanz der verschiedenen Plattformen davon abhängt, ob sie auf dem Smartphone nutzbar sind – die wenigsten hätten einen eigenen Laptop oder PC, geschweige denn Drucker oder Scanner. Manchen hätten auch Rückzugsräume zum Lernen oder die unmittelbare Hilfestellung durch die Lehrkraft gefehlt, etwa bei Sprach- oder Verständnisproblemen. Andere wiederum mussten weit mehr arbeiten als vor Corona, weil sie beispielsweise als Auszubildende im Einzelhandel unverzichtbar waren oder ihre Familie finanziell unterstützen, ihnen fehlte die Zeit zum Lernen.

„Mir fehlte der Präsenzunterricht sehr“, sagt sie und fügt hinzu: „Ich hatte zwei Klas-

senleitungen in Abschlussklassen und fand es sehr schade, dass ich diesen jungen Menschen, deren Entwicklung ich begleiten durfte, auf den letzten Metern nicht persönlich zur Seite stehen konnte. Trotz der ganzen Online-Anstrengungen waren Lernerfolge selten nachhaltig. Sie müsse den Lernprozess beobachten können, „damit ich sehe, wo vielleicht Probleme entstehen und dann dort Impulse geben kann, das fehlt einfach“.

Die Umsetzung des Musterhygieneplans an ihrer Schule sieht sie als gelungen an, obwohl sie auch hier eine Schwachstelle ausgemacht habe. „Der Erfolg hängt natürlich vor allem von dem Verhalten der Jugendlichen ab – und die ahmen nach, was sie außerhalb der Schule beobachten.“ Sie erläutert: „Die aktuellen Vorgaben für die Zeit nach den Sommerferien geben mir bisher kein sicheres Gefühl. In anderen Lebensbereichen bleibt die Einhaltung des Abstandsgebotes verpflichtend, im Klassenraum nicht. Das finde ich riskant. Zumal Auszubildende nach dem Unterricht saarlandweit zurück in unterschiedliche Betriebe gehen. Die Nachverfolgung des Infektionsgeschehens scheint mir hier sehr schwer zu sein. Ich hoffe, dass mit dieser besonderen Situation an Berufsbildungszentren verantwortungsvoll umgegangen wird.“

Würden Sie sich wünschen, dass einige der Dinge, die wegen Corona schnell oder endlich umgesetzt wurden, auch in Zukunft im Schulbetrieb verbleiben?

Als Beispiel-Prüfungen am BBZ Homburg

- Prüfungen zum Hauptschulabschluss an zwei Tagen
- Prüfungen in der Berufsfachschule mit den Fachrichtungen Technik, Gesundheit und Soziales sowie Wirtschaft und Verwaltung an fünf Tagen
- Prüfungen in der Fachoberschule in den Fachbereichen Ingenieurwesen, Gesundheit und Soziales und Wirtschaft in den Fachrichtungen Wirtschaft und Wirtschaftsinformatik an fünf Tagen
- Abiturprüfungen in den schriftlichen Fächern an 6 Tagen
- Mündliche Prüfungen der IHK in den Ausbildungsberufen Verkäufer/Verkäuferin, Kauffrau/Kaufmann im Einzelhandel und Industriekaufmann/-frau in der Schule
- Praktische Prüfungen der IHK im Ausbildungsberuf Eisenbahner/-in im Betriebsdienst in der Schule
- Praktische Prüfungen der IHK in den Ausbildungsberufen Zerspanungsmechaniker(in), Industriemechaniker*in und Werkzeugmechaniker*in
- Praktische Prüfungen der IHK im Ausbildungsberuf Mechatroniker*in
- Praktische Prüfungen der IHK im Ausbildungsberuf Elektroniker*in Fachrichtung Automatisierungstechnik
- Praktische Prüfungen der HWK im Ausbildungsberuf Elektroniker*in Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik

Die GEW Saarland unterstützt den eingeschlagenen Weg der Bildungsministerin für weitere Investitionen in die Bildung junger Saarländer*innen, denn wir brauchen dringend ein Ende des Stellenabbaus und eine Lehrerreserve. Auch die Idee, dass Schüler sich zukünftig Endgeräte ausleihen können sollen und Lehrkräfte ausgestattet werden ist längst überfällig. Eine wichtige Erkenntnis aus dieser Pandemie ist jedoch, dass kleine Gruppen den Lernerfolg von Schülern positiv beeinflussen. Deshalb fordern wir auch einen kleineren Klassenteiler, nur dann kann ich auf die individuellen Bedürfnisse meiner Lernenden angemessen eingehen – egal ob online oder im Klassenraum.

„Wie erreicht man die Leute?“



Dr. Jutta Schütz
Lehrkraft für besondere
Aufgaben in der Fach-
richtung Romanistik an
der Saarbrücker Uni

Etwas allein gelassen fühlte sich Dr. Jutta Schütz. Die Lehrkraft für besondere Aufgaben in der Fachrichtung Romanistik an der Saarbrücker Uni wusste anfangs nicht so recht, auf was sie sich eigentlich vorbereiten sollte. Zum Lockdown befand sich die Universität ja noch in den Semesterferien; neuer Start wäre Anfang April gewesen. Dieser wurde bereits früh auf Anfang Mai terminiert, dann allerdings komplett gecancelt beziehungsweise auf Online-Betrieb umgestellt. Ihre erste Sorge war: „Wie muss die Lehre aussehen, um die Studierenden wirklich zu erreichen?“

Für die Beantwortung dieser Frage musste sie sich erst einmal in verschiedene Online-Plattformen einarbeiten. Dabei erhielt sie leider kaum Unterstützung vom Hochschul-Informationszentrum. „Ich konnte selbst ja gar nicht richtig einschätzen, was für mich richtig ist“, sagt sie. Es erwies sich als sehr schwierig, passgenaue Anleitungen zur Arbeit mit Online-Plattformen und Videokonferenzen zu finden, da Schulungen zunächst kaum angeboten wurden. Einen wirklichen Vorwurf könne man im Grunde aber gar niemandem machen, denn wir alle seien ja unvorbereitet in die Corona-Situation gekommen. Hilfe erhielt sie schließlich von anderer Stelle: vom Zentrum für lebenslanges Lernen. Und im Laufe des Semesters wurden dann auch nützliche „Best Practice“-Webinare angeboten.

Schließlich kam die Nachricht von der Leitung der Universität, dass man die Software Teams präferiere. Das habe anfangs mit nur vier gleichzeitig auf dem Bildschirm sichtbaren Leuten funktioniert, mittlerweile seien es immerhin neun. Die Präsenz-Arbeit sei jedoch kaum 1:1 auf die Online- und Videolehre zu übertragen und diese sei vor allem für Kleingruppen anwendbar. Mit Referaten könne man gut arbeiten, wie sie erzählt. Für Sprachkurse sei der Online-Unterricht eher nicht wirklich geeignet, da die Tonqualität oftmals nicht ausreiche, um die Feinheiten einer anderen Sprache tatsächlich zu hören und auf Fehler hinzuweisen. Als ganz gut geeignet gezeigt habe sich das Vorgehen bei den Literaturwissenschaften.

Wie viele Kolleginnen und Kollegen auch, war ihre Hardware nicht komplett auf neuestem Stand. So musste sie sich einen neuen Laptop zulegen und bestellte sich einen neuen Internet-Vertrag mit höherer Geschwindigkeit, um die nötigen Datenvolumen handeln zu können. Sie habe beobachtet, dass beim Online-Lernen verstärkt darauf geachtet werden müsse, „dass etwas passiert“, um die Aufmerksamkeit der Studierenden zu behalten. Auf jeden Fall habe sie die Vertrauensarbeitszeit, die sie bei einem Lehrdeputat von 14 Semesterwochenstunden zu absolvieren hat, überschritten. „Das war deutlich deutlich mehr“, sagt Dr. Jutta Schütz.

Kritisches Denken stärker fördern



Soheil Hemmati-Ortakand
Sprecher des Arbeits-
kreises der Studieren-
den in der GEW

„Die technischen Voraussetzungen sind noch ausbaufähig“, bestätigt Soheil Hemmati-Ortakand. Der Sprecher des Arbeitskreises der Studierenden in der GEW absolviert derzeit sein Grundstudium (6. Semester) in Psychologie an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken. Das Studium sei an sich schon stressig, aber Corona hätte das noch einmal verstärkt. Und ob die Online-Angebote während der Schließung wirklich den selben Bildungserfolg bringen würde, sei zu bezweifeln.

Seitens der Professoren seien verschiedene Methoden ausprobiert worden. Einige hätten ihre Vorlesungen oder Seminare als Power-

Point-Präsentation verschickt. „Das war eher eine negative Erfahrung“, sagt er. Denn dadurch werde im Grunde lediglich Seite für Seite durchgeblättert. Die Möglichkeit, wie im Hörsaal, Fragen zu stellen und im Idealfall eine Diskussion in Gang zu bringen, sei so oder per E-Mail-Verkehr natürlich nur schwer eingeschränkt möglich gewesen. Wenn Vorlesungen live gestreamt wurden, sei es besser gewesen – auch wenn nur bis zu acht Teilnehmern hätten zuschauen können.

Die Frage sei: „Erreicht man damit das, was man an der Uni erreichen möchte?“ Also die Bildung von Persönlichkeit und das kritische Denken. Seine Antwort ist eindeutig: „Nein.“ Gerade Letzteres, die kritische Reflexion, fehle ihm, die belebende Diskussion miteinander. Dabei kritisiert er das System, das seiner Ansicht nach immer stärker auf die Ausbildung fokussiert sei, um nach dem Studium einen wirtschaftlich interessanten Arbeitsplatz zu bekommen. Dieses eher ökonomische Denken scheine viele Studierende sogar gar nicht zu stören.

Nichtsdestotrotz schade der „Digitalisierungsschub“ sicherlich nicht. Auch wenn er zu bedenken gibt: „Es ist eine provisorische Lösung.“ Er selbst habe einen digitalen Lesekreis initiiert, mittels der Plattform Teams. Dabei geht es um eine marginalisierte, aber seiner Ansicht nach wichtige Strömung in seinem Studienfach: die Kritische Psychologie, die nach der 68er-Bewegung entstanden sei. Das würde neben seinem Studium natürlich noch weitere Zeit in Anspruch nehmen. Jede Einrichtung müsse sich aber fragen: „Was ist das Bildungsideal einer Universität? Was würde Humboldt sagen?“

„Man braucht den Austausch in der Wissenschaft“



Alexander Hilpert
Promovierender Doktorand im Fach Neuere Geschichte an der Uni Saarbrücken

Von einer etwas anderen Warte aus sieht es Alexander Hilpert. Das Mitglied der Jungen GEW ist Promovierender, Doktorand im Fach Neuere Geschichte an der Universität des Saarlandes und finanziert sich über ein Stipendium. Seine Forschungen haben als Schwerpunkt unter anderem die Transnationale Geschichte Süd- und Westeuropas im 19. Jahrhundert und die Gegenüberstellung von Fälschung und Authentizität. Derzeit untersucht er beispielsweise das Wirken des Fälschers

Heinrich Schaeffer zwischen Deutschland, Italien und Frankreich.

Zur Anfangszeit von Corona war er bereits relativ weit fortgeschritten mit den Forschungen für seine Doktorarbeit. Der Schließung der Universität konnte er sogar etwas Positives abgewinnen. „Für mich war es ganz gut zum Schreiben.“ Anders als viele Kollegen, die sich noch in der Phase der Materialsammlung in Archiven befinden, auf die Infrastruktur eines Labors angewiesen oder stärker in die Lehre eingebunden sind, konnte er so zu Hause relativ in Ruhe mit der Verschriftlichung fortfahren. Doch gleichzeitig tat sich eine Problematik für ihn auf: „Die Bibliotheken waren rund zwei Monate geschlossen.“ Das sei im Naturwissenschaftlichen Bereich ganz gut durch Online-Recherche aufzufangen, wie er sagt. Doch viel Lektüre der Geisteswissenschaften finde man nicht bei Online-Angeboten.

Eine weitere Problematik bei ihm sei es, das er, wie bereits erwähnt, Stipendiat ist und seine Finanzierung bis zum Winter befristet ist. Durch die Schließung verschiebt sich seine Promotion eventuell – bis dorthin wiederum ist sein Stipendium abgelaufen. Dennoch gibt er sich zuversichtlich, dass er seine Dissertation im Winter fertiggestellt hat. Auch er vermisst die kritischen Diskussionen mit Studierenden und weiteren Doktoranden. Denn: „Man braucht den Austausch in der Wissenschaft.“

„Da ist noch viel Luft nach oben“

Vor allem zu Beginn habe die Corona-Situation ihren Schülerinnen und Schülern etwas Angst gemacht, wie Dr. Judith Frankhäuser-Kandler erzählt. Sie unterrichtet am BBZ in St. Wendel die Fächer Deutsch und Kommunikation im sozialpflegerischen Bereich und Ethik und Bildende Kunst am Gymnasium im kaufmännischen Bereich. Mit zunehmender Dauer hätten die zu Unterrichtenden die Einschränkungen jedoch eher als lästig empfunden, da die sozialen Kontakte stark eingeschränkt waren und die Präsenzzeit in der Schule ebenfalls stark reglementiert war. Sie fügt hinzu: „Ich empfand meine Schülerinnen und Schüler jedoch – bis auf wenige Ausnahmen – als diszipliniert und einsichtig.“

Doch trotz weniger Präsenz in der Schule nahm ihr Arbeitsaufwand natürlich nicht ab – im Gegenteil. Sie erklärt: „Ich habe Arbeitsaufträge nicht nur gestellt, sondern diese eben auch zeitnah korrigiert und jeweils Feedback gegeben, was gerade in Deutsch sehr aufwendig ist.“ Als Vertrauenslehrerin habe sie zudem mit einem Kollegen das schuleigene Sorgentelefon übernommen. So war sie von morgens um 8 bis abends um 21 ansprechbar – per Telefon, E-Mail und WhatsApp. Während der



Dr. Judith Frankhäuser-Kandler
Lehrerin für Deutsch und Kommunikation im sozialpfl. Bereich am BBZ St. Wendel, Ethik und Bildende Kunst am Gymnasium im kaufm. Bereich

Schulschließung bestanden Arbeitsaufträge zumeist aus einem Wiederholungs- oder Textteil, schriftlich zu bearbeitenden Aufgaben und einer kreativen Umsetzung – insbesondere natürlich in Kunst und Kommunikation – beziehungsweise einer Transfer-Aufgabe.

Aufträge stellte sie einmal pro Woche, die Schüler antworteten dann zu einem bestimmten Termin. „Zwischendurch stellten sie weitergehende Fragen, die ich dann umgehend beantwortet habe, um die Frustration über die fehlenden Arbeitsformen wie Gruppen- und Partnerarbeit möglichst niedrig zu halten und um sie bei der Stange zu halten.“ Die Künstler bauten mittels Recyclingmaterialien aus gelben Säcken Traumhaus-Modelle und mussten auf „Kirchentour“ gehen, was beispielsweise Bild- und Architekturanalyse beinhaltete. Die Erzieher drehten kurze Filme und erstellten Comics zu Kommunikationssituationen, gerade in Zeiten von Corona.

Dabei erklärt sie: „Ohne den Einsatz von Internet, Handy, Lernplattformen und verschiedenen Internet-Tools hätte das Homeschooling schlichtweg nicht umgesetzt werden können.“ Sie habe ausschließlich mit privaten Geräten und auf eigene Kosten gearbeitet, etwa bei der Installation von Programmen und Apps oder bei Handy- und Internetgebühren. „Ich gehe nicht davon aus, dass sich das in absehbarer Zeit ändern wird. Das ist sehr frustrierend. Wir sind erst am Anfang, da ist noch viel Luft nach oben.“

Die Selbstverständlichkeit, mit der eine Vielzahl selbst älterer Kollegen und „non-digital-natives“, digitale Medien eingesetzt und sich damit auseinandersetzt haben, habe sie beeindruckt. Sie wünsche sich noch mehr Fortbildungen und Angebote in dem Bereich, um diese Einstellung noch weiter in der Schullandschaft zu verankern und zu verselbständigen. Doch natürlich vermisse sie den Präsenztunterricht. „Mein Unterricht lebt insbesondere von der direkten und persönlichen Interaktion!“ Für sie bedeute das Unterrichten neben der Wissens- und Arbeitsmethoden-Vermittlung insbesondere Beziehungsarbeit. Das hänge aber natürlich auch mit der Lerngruppe zusammen, insbesondere am BBZ. „Das lässt sich digital nur schwer umsetzen.“

Stefan Bohlander
Freier Journalist

Geschlossene Heimerziehung im Saarland

Die Saarbrücker Zeitung berichtete in ihrer Ausgabe vom 10.07.2020 („Das Problem mit den Problem-Jugendlichen“), dass die Arbeiterwohlfahrt auf der Grundlage eines Beschlusses des Landesjugendhilfeausschusses aus dem Jahr 2018 beabsichtigt, in Verantwortung der Jugendhilfe in Homburg eine geschlossene Heimgruppe für sieben männliche Kinder und Jugendliche einzurichten. Die letzte geschlossene Gruppe befand sich bis Ende der 80er Jahre am selben Ort. Sie wurde vor dem Hintergrund schwerwiegender pädagogischer Bedenken, der Diskussion um „Schwarze Pädagogik“ und der Debatte um das 1991 in Kraft getretenen Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) geschlossen.

Ende der 1990er Jahre flammte die Diskussion um die geschlossene Unterbringung wieder auf. Dem damaligen Landesjugendhilfeausschuss wurde nachfolgendes Grundsatzpapier als Diskussionsvorlage von der Verwaltung des Landesjugendamtes vorgelegt. Die darin enthaltenen Positionen unterstützten die Mitglieder des Ausschusses erkennbar mehrheitlich. Die Diskussion führte dazu, dass keine entsprechende Einrichtung im Saarland, wie auch in den meisten anderen Bundesländern, entstehen sollte. An der Argumentation dieses Papiers hat sich bis heute nichts geändert. Es behandelt nicht oder nur am Rande die Frage der (sozial) pädagogischen Sinnhaftigkeit eines solchen Eingriffs in die Grundrechte außerhalb der Strafjustiz und der Psychiatrien. ■

Rolf Fickeis

Diskussionsvorlage zur geschlossenen Unterbringung

Wer dachte, die Diskussion um die geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen außerhalb der Haft sei durch die Debatte der 70-er und 80-er Jahre und die vorliegenden Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen (bspw. v. Wolfersdorff 1990) ein für allemal zu Ende, sieht sich heute getäuscht. Wolfgang Bäuerle, anerkannter bundesrepublikanischer Sozialpädagoge, prophezeit bereits in einem Beitrag Ende der 70er Jahre: „Befindet sich die demokratische Gesellschaft in Phasen der Depression, der politischen Unlust, der Ängstlichkeit und des

Rufes nach Recht und Ordnung, wird alsbald auch nach mehr geschlossenen Heimen für Kinder und Jugendliche gerufen, nach Einschränkung der "Finanzlast" für soziale Hilfen und gleichzeitig nach einer entschlossenen Polizei, einer Justiz, die kurzen Prozeß zu machen versteht, und nach sicheren Gefängnissen". Es wäre somit unangemessen, die Diskussion auf die sozial-pädagogische Effizienz geschlossener Einrichtungen zu reduzieren. Sie ist Teil einer politischen Diskussion, an deren Ende die Frage beantwortet werden wird, wie der Staat mit gesellschaftlichen Randgruppen und Marginalisierten umgeht, ob Begriffe wie Emanzipation, Integration, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben noch einen Stellenwert haben werden oder sich immer mehr die ordnungspolitischen Vorstellungen der parteienübergreifenden Law and Order - Fraktion durchsetzen, die einen starken, konsequent durchgreifenden Staat favorisiert.

So ist es auch nicht zufällig, daß es nicht die Fachkräfte der Jugendhilfe gewesen sind, die die neuerliche Diskussion begonnen haben, sondern es ist die Politik und hier der Teil, der meint, durch die Medien spektakulär dargestellte Einzelschicksale benutzen zu können, um sich und seine politische Gruppierung dem Wahlvolk populistisch anzupreisen. Auffallend ist ebenfalls, daß fast ausschließlich die Forderung nach geschlossener Unterbringung im Zusammenhang mit dem Anwachsen oder vermeintlichen Anwachsen von Jugendkriminalität und "fehlender" strafjustizieller Reaktionsmöglichkeiten auftaucht, der Jugendhilfe also von außen die Diskussion aufgezwungen wird.

Schaut man sich die Argumente und Motive vieler Protagonisten der geschlossenen Unterbringung an, stellt man meist sehr schnell fest, daß es nicht um die differenzierte Auseinandersetzung mit Einzelschicksalen und angemessenen Hilfeformen geht, sondern primär darum

- einen Ersatz für die fehlende Möglichkeit unter 14-jährige mit dem Strafgesetzbuch zu verfolgen zu schaffen,
- die Öffentlichkeit vor einigen wenigen Kindern und Jugendlichen zu schützen,
- die Probleme, die sich aus allen Formen der Inhaftierung Jugendlicher ergeben, der Jugendhilfe zuzuweisen,
- eine Möglichkeit zu schaffen, Kinder und

Jugendliche, die sich nicht delinquent verhalten, aber andere Auffälligkeiten zeigen, auch gegen ihren Willen wegsperren zu können,

- einer Straftat verdächtige Jugendliche und Heranwachsende, bei denen die Gründe für Untersuchungshaft nicht ausreichen, dennoch geschlossen unterzu bringen.

Obwohl aus sozialpädagogischer Sicht schon alles über die geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Jugendhilfe gesagt ist, erscheint es notwendig, die Argumentation, die auf jahrelanger Erfahrung im Bereich der Hilfen zur Erziehung und wissenschaftlichen Untersuchungen basiert, zu wiederholen.

Was ist eine geschlossene Einrichtung?

Dazu aus einer Anlage zur Niederschrift der Sitzung der gemeinsamen Kommission der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und überörtlichen Erziehungsbehörden, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände vom 16./17.2.92: "Die geschlossene Unterbringung ist dadurch gekennzeichnet, daß besondere Eingrenzungs- und Abschlußvorrichtungen oder andere Sicherungsmaßnahmen vorhanden sind, um ein Entweichen, also ein unerlaubtes Verlassen des abgeschlossenen oder gesicherten Bereiches zu erschweren oder zu verhindern und die Anwesenheit des Jugendlichen für die notwendige pädagogisch-therapeutische Arbeit mit ihm sicherzustellen."

Um welche Kinder und Jugendlichen geht es?

Verkürzt dargestellt geht es um die sogenannten hoffnungslosen Fälle. Kinder und Jugendliche mit stark auffälligem Verhalten (nicht unbedingt kriminellen Auffälligkeiten), bei denen die bisherigen Hilfemaßnahmen keine Wirkung gezeigt haben (oftmals Kinder und Jugendliche mit bereits längerer Heimkarriere), die in anderen stationären Einrichtungen nicht mehr tragbar sind oder die die angebotenen Hilfen nicht annehmen wollen. Minderjährige, die den für sie vorgesehenen Lebensmittelpunkt (Familie, Heim) nicht mehr oder nur noch sporadisch annehmen, von dort weglaufen und sich andere Bezüge suchen.

In der Regel handelt es sich um Kinder und Jugendliche, deren bisherige Biographie geprägt war von ständigen Beziehungskatastrophen und permanenten -abbrüchen, zwischenmenschlichen Enttäuschungen, emotionaler Kälte und vielfach erlebter physischer und psychischer Gewalt. Es fehlte ihnen an Anerkennung und Zuwendung, Orientierung und Verhaltenssicherheit. Diese Vorerfahrungen sind meist genau der Grund für die Unfähigkeit, tragfähige und belastbare zwischenmenschliche Beziehungen einzugehen, der Grund für die emotionale Abschottung und Flucht. Weiß man um diese Vorerfahrung und hat man das Ziel, diesen Kindern und Jugendlichen mit der Hoffnung auf langfristigen Erfolg zu helfen, erscheint die Argumentation, sie erst einmal weggasperren zu müssen, um überhaupt mit ihnen arbeiten zu können, geradezu paradox. Es ist bekannt, daß das gewaltsame Wegsperrern, die Freiheitsberaubung, die totale Institution, die absolute Reglementierung sozialer Kontakte den für eine positive Entwicklung notwendigen behutsamen Aufbau von Beziehungen verhindert.

"Wir wissen seit langem, daß die geschlossene Unterbringung negative Entwicklungsverläufe weder verhindert noch unterbricht. Vielmehr ist die geschlossene Unterbringung kontraproduktiv, nicht einmal ihren spezifischen Zweck des Einschließens kann sie erfüllen. Kinder und Jugendliche entweichen aus geschlossenen Einrichtungen nicht seltener als aus anderen Heimen. Sie entwickeln in geschlossenen Heimen eine Insassen- und Knast-Mentalität, die zur Ablehnung der Betreuer als Einschließer führt und alle Energie auf den Ausbruch konzentriert." (Thomas Trenzcek in DVJJ Journal 3-4/1994)

Eine als Konzept vorgetragene Pädagogik hinter Schloß und Riegel hat weder mit den Normen noch dem Geist des KJHG zu tun und ist aus inhaltlichen Gründen von der Jugendhilfe abzulehnen.

Zur rechtlichen Situation

1. Die Inobhutnahme

"Das Jugendamt ist verpflichtet, ein Kind oder einen Jugendlichen in seine Obhut zu nehmen, wenn eine dringende Gefahr für das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen die Inobhutnahme erfordert. Freiheitsentziehende Maßnahmen sind dabei nur zulässig, wenn und soweit sie erforderlich sind, um eine Gefahr für Leib oder Leben des Kindes oder des Jugendlichen oder eine Gefahr für Leib und Leben Dritter abzuwenden. Die Freiheitsentziehung ist ohne gerichtliche Entscheidung spätestens mit Ablauf des Tages nach ihrem Beginn zu beenden" (§ 42 Abs.3 KJHG).

Eine freiheitsentziehende Maßnahme ist also als ultima ratio nach dem KJHG durch das Jugendamt möglich. Sie kann allerdings nur durchgeführt werden, wenn Rechtsgüter mit hohem Verfassungswert (Leib, Leben) konkret (Gefahr im Verzug) gefährdet sind. Sie ist nicht zulässig, wenn abzusehen ist, dass andere geeignete Maßnahmen (z.B intensive Einzelbetreuung) ebenfalls geeignet sind, die Gefahr abzuwenden. "Eine Gefährdung von Sachen oder von fremdem Eigentum kann eine Freiheitsentziehung nach Abs. 3 Satz 2 niemals rechtfertigen" (Kommentar zum KJHG v.Hauck). Die richterliche Entscheidung über die Zulässigkeit der freiheitsentziehenden Maßnahme des Jugendamtes über die 2-Tagesfrist hinaus, hat sich an den engen Vorgaben des Artikels 104, GG (Freiheit der Person) zu orientieren .

Eine Inobhutnahme ist eine vorläufige, also zeitlich eng begrenzte Unterbringung. Sie dient in erster Linie der Abwehr akuter Gefahr für das Kindeswohl und der Abklärung weiterer sozialpädagogischer Maßnahmen. Es geht also bei der Inobhutnahme eindeutig nicht darum, länger angelegte pädagogische Konzepte umzusetzen. Dafür spricht auch, dass die Inobhutnahme bei der Systematik des KJHG nicht unter den Leistungen der Jugendhilfe und dabei den Hilfen zur Erziehung eingeordnet ist, sondern zu den anderen Aufgaben der Jugendhilfe gezählt wird.

Der § 42 ist die einzige Stelle, an der das KJHG unter äußerst engen Bedingungen eine freiheitsentziehende Maßnahme ausdrücklich vorsieht. Auf weitere, Freiheitsrechte einschränkende, Formulierungen, wie sie im JWG in § 71, der sich auf die Durchführung der Fürsorgeerziehung bezog, noch vorkamen, wurde im KJHG verzichtet. Daraus ist zu schließen, daß freiheitsentziehende Maßnahmen über die Regelung des § 42 hinaus vom Gesetzgeber ausdrücklich nicht gewollt waren.

Bei der akuten Gefahr von Selbsttötung und der Gefährdung von Leib und Leben Dritter wird in der Regel mit den entsprechenden Landesgesetzen über die Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke und gesetzlich geregelten Kompetenzen der Polizei und Justizbehörden reagiert. So hat auch im Saarland bisher kein Jugendamt Bedarf für geschlossene Plätze für Inobhutnahme angemeldet. Anträge freier Träger auf Betriebserlaubnis für Einrichtungen mit geschlossenen Plätzen liegen ebenfalls nicht vor.

2. § 1631 b BGB

"Eine Unterbringung des Kindes, die mit Freiheitsentziehung verbunden ist, ist nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts zulässig. Ohne die Genehmigung ist die Unter-



Foto: stock.adobe.com/©motortion

bringung nur zulässig, wenn mit dem Aufschub Gefahr verbunden ist; die Genehmigung ist unverzüglich nachzuholen. Das Gericht hat die Genehmigung zurückzunehmen, wenn das Wohl des Kindes die Unterbringung nicht mehr erfordert" (1631 b, BGB). Freiheitsentziehung zur Gefahrenabwehr ist nach den Prinzipien der Jugendhilfe nur nach den engen Vorgaben des § 42, KJHG (Inobhutnahme; s.o) und des Artikels 104, GG möglich. Voraussetzung der Genehmigung ist zunächst ein Antrag des/der Sorgeberechtigten im Rahmen der Hilfe zur Erziehung oder einer anderen berechtigten Stelle.

Die richterliche Genehmigung der geschlossenen Unterbringung muß unverzüglich zurückgenommen werden, wenn das ursprüngliche Ziel, die Verhinderung der Gefährdung von Leib und Leben, erreicht ist oder andere, nicht freiheitsentziehende Maßnahmen zur Abwehr der Gefährdung möglich sind. Eine durch allgemeine Einschätzung gestützte Annahme ohne bspw. gutachterliche Stellungnahme oder eindeutige Äußerungen und Verhaltensweisen des Kindes oder des Jugendlichen können als Grund für die geschlossene Unterbringung nicht ausrei-

chen. Da der Begriff des Kindeswohls bei freiheitsentziehenden Maßnahmen sehr eng auf die Gefährdung von Leib und Leben beschränkt ist, können andere Motive wie darüber hinausgehender Schutz der Öffentlichkeit oder auch Schutz des/der Minderjährigen vor Straftaten, die weder Leib noch Leben gefährden, nicht als Legitimation herangezogen dienen. Mittlerweile wird angezweifelt, ob § 1631b BGB verfassungsgemäß ist. Die Zweifel gründen sich darauf, dass weder die Voraussetzungen für den Freiheitsentzug genannt sind noch eine Regelung über Zeitraum und Fortdauer der geschlossenen Unterbringung getroffen ist. Damit ist die Norm so unbestimmt, dass sie den Erfordernissen der Artikel 2 und 104 GG vermutlich nicht entspricht.

3. Geschlossene Unterbringung als Alternative zur U-Haft

Die geschlossene Unterbringung könne "eine Lücke zwischen offenen Angeboten und Untersuchungshaft schließen" (Heidi Almerck; Justizministerin Niedersachsen; Der Spiegel 27/94). Gem. § 72 kann das Gericht unter den gleichen Voraussetzungen der Erlassung eines Haftbefehls zur Vermeidung

von Untersuchungshaft auch die einstweilige Unterbringung in einem Heim der Jugendhilfe anordnen. "Die Ausführung der einstweiligen Unterbringung richtet sich nach den für das Heim der Jugendhilfe geltenden Regelungen" (§ 71 Abs. 2 S. 3, JGG). Abgeschlossenheit der Jugendhilfeeinrichtung ist also nicht Voraussetzung; sie verbietet sich geradezu, da das Heim der Jugendhilfe eine Alternative zur Haft sein soll.

Auch die Unterbringung in einem Heim als Alternative zur U-Haft kann nur mit dringendem Tatverdacht, Flucht-, Verdunkelungs- und Wiederholungsgefahr sowie der Schwere der Tat begründet werden. Darüber hinaus kann der Richter sie nur anordnen, wenn sie in Hinblick auf die zu erwartende Maßnahme (Urteil) geboten ist (§ 71 Abs. 2 S. 1, JGG), also mit einem freiheitsentziehenden Urteil in der Hauptverhandlung zu rechnen ist.

Untersuchungshaft, also auch die Unterbringung in einem Heim der Jugendhilfe darf weiter, auch beim Vorliegen eines Haftgrundes, nur verhängt werden, wenn "ihr Zweck nicht durch eine vorläufige Anordnung über die Erziehung oder durch andere Maßnahmen

erreicht werden kann". (Thomas Trenzcek, DVJJ - Journal 3-4/94).

"Repressive Gesichtspunkte scheiden bei der Anordnung der vorläufigen Unterbringung aus. Sinn und Zweck des § 71 JGG ist es, die auch dem Jugendstrafverfahren innewohnenden "erzieherischen" Ziele zu sichern (Thomas Trenzcek, DVJJ Journal 3-4/94).

Daraus folgt:

Geschlossene Unterbringung in Heimen der Jugendhilfe als pädagogische Maßnahme ist aus fachlichen Gründen abzulehnen. Sie ist lediglich als kurzfristige Maßnahme zum Schutz von Leib und Leben, und nur, wenn eine konkrete Gefährdung vorliegt, zulässig. Für die geschlossene Unterbringung als ordnungspolitische Maßnahme besteht keine Rechtsgrundlage. Straffällig gewordenen Jugendlichen kann die Freiheit nur nach den engen Vorgaben des JGG entzogen werden. Freiheitsentzug bei unter 14-jährigen außerhalb der engen Vorgaben des GG und des KJHG (Inobhutnahme) ist somit unzulässig. Freiheitsentzug ohne rechtsförmiges Verfahren steht im Widerspruch zum Grundgesetz und zu internationalen Abkommen (Menschenrechtskonvention, UN - Kinderrechtskonvention).

Geschlossene Unterbringung kann keine Alternative zur U-Haft sein. Vielmehr ist zu fordern, daß die U-Haft als ultima ratio des JGG erzieherisch gestaltet wird (§ 93 JGG) und sich an sozialpädagogischen Standards der Jugendhilfe orientiert. ■

EINE SCHULE FÜR ALLE

FÖRDERN STATT AUSLESEN



Unterricht und Lernen in der Fernschule

Ergebnisse einer Online-Befragung unter Eltern im Saarland

ELTERN FÜR BILDUNG

GEW

Die Landeselterninitiative für Bildung hat mit einer Online-Umfrage unter den Eltern im Saarland, die vom 18. Mai bis 2. Juni 2020 geschaltet war, breiten Aufschluss darüber gewonnen, wie Eltern und ihre Kinder mit dem Fernunterricht und dem Lernen zuhause zu rechtgekommen sind. Unterstützt wurden die Umfrage und ihre Auswertung von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Fast 4.000 Mal wurde die Umfrage beantwortet (3.924). 45 % der Antworten kamen aus dem Bereich der Grundschulen (1.754), 22 % aus dem Bereich der Gemeinschaftsschulen (869) und 32 % aus dem der Gymnasien (1.243). Wenige Antworten sind von Förderschulen und Beruflichen Schulen eingegangen. Die Resonanz war in dieser Zeit mit hoher Beanspruchung von Eltern für uns eine positive Überraschung.

Wir sind uns bewusst, dass eine Online-Umfrage aus vielen Gründen keine repräsentative Stichprobe ist. Dennoch sind fast 4.000 Antworten ein ernst zu nehmendes Meinungsbild. Die Ergebnisse der Umfrage und die Schlussfolgerungen haben wir den politisch Verantwortlichen in Landtag, Regierung sowie Kommunalverbänden vorgelegt und den Medien zugeleitet. Sie stehen auf unserer Internetseite zum Download zur Verfügung: www.eltern-fuer-bildung.de.

Die Ergebnisse legen nahe, dass es im Zweifelsfall den Eltern überlassen blieb, die Situation zu meistern. Der Einbruch der gewohnten

Betreuungs- und Kommunikationsstrukturen war und ist für Familien generell eine schwer zu meistrende Belastung, die sie auf Dauer nicht bewältigen können. Fast ein Drittel der Eltern fühlt sich mit der Beschulung zu Hause überfordert; mehr als ein Viertel betont, ihr Kind sei überfordert. Unabhängig von der Schulform machen sich mehr als die Hälfte der Eltern besonders Sorgen darüber, ob ihr Kind auf Dauer genug lernt. Und weit mehr als die Hälfte befürchtet, dass das Lernen zu Hause mit der Zeit problematischer wird.

Eltern, die sich ohnehin belastet fühlen, sehen die Krise als Problem für ihr Kind. Es wird deutlich, wie wichtig es für die Entwicklung des Kindes ist, dass es auch den Eltern gut geht, z.B. was die Möglichkeit angeht, auch ihre beruflichen Pflichten erfüllen zu können. Viele Mängel des Schulwesens wurden im Corona-Stresstest grell ausgeleuchtet: Bildungsungerechtigkeit, schlechte digitale Ausstattung, Mangel an Räumen für Differenzierung und Lerngruppen sowie Mängel in der hygienischen Ausstattung, veraltete Methoden von Unterricht und Lernen.

Auch im neuen Schuljahr, schätzen wir, werden Schule und Unterricht nicht auf digital gestütztes Lehren und Lernen verzichten können. Im Gegenteil. Es geht dann nicht um ein Entweder-oder, sondern um ein kluges Sowohl-als-auch und einen guten Mix aus analogen und digitalen Lerneinheiten. So kann man je nach Maß von Einschränkungen und je nach Neigung und Bedürfnissen der

Schülerinnen und Schüler individueller auf ihre Lernbegleitung eingehen.

Forderungen für eine gute Zukunft

Es gilt für das neue Schuljahr auf der Basis der Erfahrungen der ersten Monate des Jahres das nicht auszuschließende, wenn nicht gar wahrscheinliche Szenario (Plan B) eines eingeschränkten Schulbetriebs mit Präsenz- und Fernunterricht frühzeitig zu planen und dabei auch die Vertreter von Lehrer-, Schüler- und Elternorganisationen regelmäßig und frühzeitig zu beteiligen.

Und generell: Wir fordern einen „Bildungsgipfel“ als ständige Einrichtung

Für den Fall eines eingeschränkten Schulbetriebs soll berücksichtigt werden, dass für kleinere Kinder Präsenzunterricht (und Betreuung) wichtiger ist als für die größeren. Letztere können zudem besser mit dem digitalen Fernunterricht umgehen. Die Anstrengungen sollten also auf die Grundschulen sowie die unteren Klassen der weiterführenden Schulen und auf die Kinder, die Lernprobleme haben und aus benachteiligten Verhältnissen kommen, fokussiert werden. Zudem auf die Klassen vor Prüfungsjahren.

Für die Notbetreuung, wenn der Fall wieder eintritt, wünschen sich Eltern Verbesserungen:

- eine Ausweitung des Kreises der Berechtigten
- mehr Betreuungsplätze
- eine Anpassung der Betreuungszeiten an die elterlichen Arbeitszeiten
- nicht nur „reine“ Betreuung, sondern auch die Möglichkeit, Hausaufgaben/ Wochenpläne zu erledigen und nicht verstandenen Lernstoff aufarbeiten und vertiefen zu können
- die Möglichkeit, auch in der Notbetreuung digitale Geräte für Hausaufgaben nutzen zu können bzw. zur Verfügung gestellt zu bekommen
- ein Mittagessen für die Kinder
- einen Bustransfer
- bessere und rechtzeitigere Information über die Nutzungsmöglichkeiten der Betreuung

Jede Schule braucht auch einen Plan C mit Unterrichtsformaten, Zuständigkeiten und Kommunikationswegen für den Fall, dass sie

wegen eines Infektionsgeschehens von einem Tag auf den anderen schließen muss.

Alle Lehrkräfte müssen die landesweite Bildungscloud Online-Schule Saarland mit ihren Komponenten Lernmanagement, Lernmaterialien, Bildungsmedien, Mailserver sowie Videokonferenzsystem breit nutzen, zumal das Land viel in individuelle Ausstattung investieren wird. Insoweit muss es eine Qualifizierungspflicht für Lehrkräfte geben, denn viele sind in Aus- und Fortbildung nicht ausreichend auf eine Arbeit mit digitalen Lehrmethoden vorbereitet worden. Vor allem fehlt es offensichtlich an Kommunikationstraining und Kenntnissen zur lernförderlichen Gestaltung von Unterricht und Lernsettings unter den Bedingungen der Digitalisierung.

Weniger ist mehr: Bei Lehr- und Stoffverteilungsplänen müssen, wenn notwendig, Abstriche gemacht werden. Es sollte an den Kernkompetenzen und dem Interesse der Lernenden angeknüpft werden. Dafür brauchen die Schulen Freiräume und Unterstützung. Als Basis des Unterrichts sollten Lernpläne dienen, die so gestaltet sind, dass sie in den Distanzlernphasen von den Kindern und Jugendlichen selbstständig bearbeitet werden können.

Die Digitalisierung darf nicht als Ersatz für pädagogische Konzepte gesehen werden. Digitale Angebote sind nicht automatisch besser als analoge Lernangebote. Die Digitalisierung muss pädagogisch begleitet und in ein didaktisches Gesamtkonzept eingebunden werden.

Hinsichtlich des Inhalts und Umfangs der Lernpläne für die einzelnen Schülerinnen und Schüler müssen sich die Lehrkräfte untereinander besser abstimmen und in Teams gemeinsam planen.

Bei Fragen zu den Lernplänen für ihre Schülerinnen und Schüler müssen die einzelnen Lehrkräfte zu bestimmten Zeiten per Telefon oder digital zu erreichen sein. Dies gilt auch für mögliche Nachfragen der Eltern. Feste Sprechzeiten und Terminabsprachen sind notwendig.

Für die allgemeine Besprechung von Lerninhalten und die Organisation der Lernprozesse müssen Videokonferenzen mit der ganzen Klasse eingerichtet werden. Es gilt, auch in der Fernschule die Beziehungsarbeit aufrecht zu erhalten und lernförderliches Feedback zu geben. Das geht nicht ohne etablierte digitale Kommunikation in der gesamten Schulge-

meinschaft. Wie wir meinen das zentrale Tool des Krisenmanagements.

Jede Schule muss ein regelmäßiges Feedbacksystem für Rückmeldungen von Schülern und Eltern einrichten

Die Schulträger müssen beim Arbeits- sowie Gesundheitsschutz nachbessern. Zusammen mit dem Bildungsministerium gilt es jetzt, die umfangreichen Mittel aus dem „DigitalPakt Schule“ und dem neuen 50 Millionen Euro-Investitionsprogramm „Digitale Bildung jetzt!“ des Landes (bis 2024 zusammen rund 110 Millionen Euro) zügig einzusetzen, um Schüler, Lehrkräfte und Schulen mit digitalen Endgeräten und IT-Infrastruktur auszustatten. ■



Bernhard Strube
Sprecher der Landeselterninitiative für Bildung

ANZEIGE



Entfesselt die Schulleitungen

Die sinnvolle Weiterentwicklung der Schule nach Corona braucht gestärkte Führungskräfte

Mit den Schulschließungen wurde die Debatte um die Gestaltung zukunftsfähiger Schulen ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit gerückt. Dabei wurde wie unter einem Brennglas sichtbar, an welchen Stellen es im Schulsystem hapert. Vielerorts wurde zwar in kürzester Zeit improvisiert und nachgebessert. Dennoch blieben (und bleiben) grundsätzliche Mängel bei der Ausstattung mit IT, der technischen Infrastruktur, dem digitalen Knowhow der Lehrkräfte und der zeitgemäßen Gestaltung von Unterricht weiterhin sichtbar. Mit einigen Monaten Abstand können jetzt erste Lehren aus der Corona-Krise formuliert werden. Unter ihrer Berücksichtigung zeigt sich eine vielleicht einmalige Chance: Schulen können dank der Erfahrungen der letzten Monate aufbrechen und eine zeitgemäße Lernkultur etablieren: Beziehungsbasiert, partizipativ, entgrenzt und – wo immer es sinnvoll ist – digital.

Die Erkenntnisse aus der Krise

Die Lehren aus dem Lockdown liegen dabei auf der Hand. Unterricht lebt – unabhängig von der Beschäftigung mit Material – von Beziehungen. Sind diese intakt, spielt es eine untergeordnete Rolle, ob Lernen synchron oder asynchron begleitet wird. Entscheidend ist vielmehr, dass eine fähige Lehrkraft ein zum Alter der Schüler*innen, zum Inhalt und zum Grad der Selbstständigkeit passendes Unterrichtsangebot formuliert. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Zeit und Raum dabei überwindbar sind und dass Lernen auf Distanz auch weiterhin einen didaktischen Ort verdient hat. Damit das Beste aus „beiden Welten“ (Präsenz- und digitaler Fernunterricht) zusammengeführt werden kann, braucht es entsprechende technische Ausstattung sowie individuelle und systemisch verstärkte Fortbildungsbemühungen. Für ein nachhaltiges In-Gang-setzen dieser Schulentwicklungsprozesse fehlt es nicht an Wissen, sondern an Ressourcen und einem höheren und systematischeren Grad der Vernetzung auf allen Ebenen.

Eine Empowerment-Strategie für Schulleitungen

Als Schulentwickler beschäftigt mich vor allem die Frage, welcher Ansatz die größte Wirkung für eine sinnvolle Weiterentwicklung der Schule nach Corona entfalten könnte. Deshalb möchte ich den folgenden Überlegungen eine These voranstellen: Damit Schulen die Chance der Aufbruchsstimmung nutzen können, braucht es allen voran aufgewertete und gestärkte Schulleitungen! Denn: Sie

sind die Schlüsselstelle zur Gestaltung einer sinnvollen und wirksamen (digitalen) Schulentwicklung über die Krise hinaus. Als Change Agents müssen sie die Gestaltung des Wandels in die Hand nehmen, die Lehren aus der Corona-Krise systematisch verarbeiten und den Entwicklungsprozess einer dazulernen-Organisation moderieren. Schulleitungen sollten in diesen Monaten Taskforces bilden, um Bewährtes aus der Krise herauszuarbeiten, und um diese Erfahrungen in einen weiterführenden Schulentwicklungs- und Medienkonzept-Prozess einfließen zu lassen. Dazu braucht es einerseits sinnvoll koordinierte Angebote zur schulinternen Fortbildung zum (digitalen) Fern- und Hybridunterricht (z.B. in Form von Good-Practice-Einheiten per Mikro-Schilf). Andererseits müssen in möglichst naher Zukunft alle Schüler*innen und alle Lehrkräfte mit einem personalisierbaren Endgerät ausgestattet werden. Und um all das als On-Top-Aufgabe bewältigen zu können, sollten Schulleitungen in ihrer Tätigkeit besser unterstützt, stärker entlastet und mehr gewürdigt werden. Lobende Worte allein werden dabei nicht reichen. Es braucht eine umfangreiche Empowerment-Strategie für die mittlere Führungsebene des Schulsystems.

Schulleitung im Doppel-Duo

Ich bin davon überzeugt, dass die Leitung einer Schule ab einer Größe von 180 Schüler*innen immer von zwei Personen plus zwei Stellvertreter*innen ausgeübt werden sollte. Diese Personen sollten unterschiedliche Aufgabengebiete betreuen, grob aber nach eher verwaltenden Tätigkeiten (Typ Schul-Manager*in) und eher entwickelnden Tätigkeiten (Typ Schul-Entwickler*in) getrennt werden. Bei größeren Schulen ab 540 Schüler*innen sollte das Schulleitungsteam durch einen bzw. ab 900 Schüler*innen durch zwei weitere Stellvertreter*innen unterstützt werden. Für die Auswahl geeigneter Kandidat*innen sollte mehr auf die charakterliche Eignung sowie deren inhaltliches Vor-Engagement geachtet werden als auf Dienstalter oder formelle (und diskussionswürdige) Ergebnisse dienstlicher Beurteilungen. Für schulisches Führungspersonal ist eine entsprechende Vorqualifikation in Bereichen des Leadership, der Schuladministration, der Schulentwicklung und der Personalführung unabdingbar. Universitäre Masterstudiengänge aus dem Bereich des Schulmanagements müssten zudem stärker in den Aufbau und in die berufsbegleitende Ausbildung von Führungspersonal miteinbezogen werden.

Eigenverantwortliche Entscheidungen treffen

Laut Andreas Schleicher, dem Bildungsforscher und Direktor der Bildungsabteilung der OECD, werden in Deutschland „nur 13% aller bildungsrelevanten Entscheidungen vor Ort in den Schulen getroffen.“ Tradition im Bildungssystem sei es, „dass das Ministerium in Deutschland Vorgaben macht und die vor Ort umgesetzt werden“¹. Schleicher dürfte damit vor allem Entscheidungen aus den (Schulentwicklungs-)Bereichen der Prüfungskultur, der Unterrichtsorganisation sowie der Haushalts- und Finanzverantwortlichkeit meinen. Hier fehlt es Schulleitungen im staatlichen Bildungssystem an Gestaltungsspielräumen. Dürften Schulleitungen etwa vor Ort eigenständiger darüber entscheiden, inwieweit sie die Stundentafel aufbrechen, eigene Stundenpläne zimmern oder alternative Formen der Leistungsfeststellung und -beurteilung entwickeln, würden wir erleben, dass Schulen sehr viel unterschiedlichere und kreativere Lösungen zur eigenen Gestaltung fänden. Diese individuellen Wege würden das Besondere einzelner Schulen hervorheben, eine stärkere Identifikation innerhalb der Schulgemeinde fördern und automatisch dazu führen, dass sich besonders gelungene Konzepte stärker verbreiten – auch wenn derartige Freiheiten selbstverständlich Rahmenbedingungen, Standards und Begleitung durch professionelle Schulentwicklungsmoderator*innen bräuchten.

Darüber hinaus sollten alle Schulen über ein eigenes Budget verfügen, um Anschaffungen und Investitionen unabhängig von einem Sachaufwandsträger tätigen zu können. Dieses Budget müsste einen beträchtlichen Teil des Schul-Etats einer Kommune ausmachen, um vor allem hinsichtlich der Ausstattung eigenverantwortlich handeln zu können. Die „wir müssen schauen, was wir kriegen“ – Mentalität vieler Schulen könnte dadurch in ein verantwortungsvolles und selbstbestimmtes, systematisch aufeinander aufbauendes, „was brauchen wir wirklich“ – Konzept übergehen. Gleiches gilt für den Bereich der Personalverantwortlichkeit. Was wäre das für eine Revolution, wenn Kolleg*innen die Chance hätten, zu Schulleitungen zu finden, die zu ihnen passen – und umgekehrt. Bei der Personalauswahl zumindest ein Mitspracherecht zu haben, würde enormen Schwung in die Schullandschaft bringen und für mehr Zufriedenheit und weniger Personalfluktuations sorgen.

Gesundheitsschutz für Schulleitungen

Hört man sich unter Schulleiter*innen um, kann derzeit von Zufriedenheit kaum eine

Rede sein. Nach einer repräsentativen Studie der Universität Tübingen (Leadership in German Schools) geben 53% der Befragten an, unter Stress und Überlastung zu leiden. Bei etwa jeder sechsten Schulleitung (16%) wurden sogar Hinweise auf einen Burnout gefunden². Es ist ein verheerendes Paradoxon: Die Gestalter*innen der Schulen vor Ort sind aufgrund der Fülle an Aufgaben häufig so stark belastet, dass es in vielen Fällen nur zum Verwalten reicht – und das schreibe ich ohne jeden Vorwurf an die einzelnen Personen. Mehr ist bei der derzeitigen Arbeitsbelastung kaum zu schaffen. Neben den bisher beschriebenen Maßnahmen bräuchte es ein vernünftiges Beratungsangebot, das speziell auf die Bedürfnisse von Schulleitungen abgestimmt ist, z.B. durch Coaching/Supervision oder ein Berater*innen-Netzwerk, das ins eigene Haus geholt werden kann. Das gilt auch für alle fachlichen Fragen, für die ein Schulleiter/einer Schulleiterin heute quasi nebenbei Experte sein muss, obwohl diese Bereiche nichts mit seiner/ihrer ursprünglichen Qualifikation zu tun haben. Ich denke vor allem an Fragen der Gebäudeausstattung, des Brand- und Gesundheitsschutzes, des Gesundheitsschutzes, der digitalen Ausstattung, des Datenschutzes und vieles mehr. Für diese Fragen braucht es Fachpersonal, das gegen Bezahlung an die Schulen kommt. Mit der Auslagerung bestimmter Fachfragen könnte überdies auch Rechtssicherheit hergestellt werden – ein nicht zu unterschätzender Faktor, der Schulleitungen in der Praxis häufig dazu zwingt, lieber die „Füße still zu halten“, um kein Risiko einzugehen. Diese Haltung ist dann in erster Linie Selbstschutz. Denn Stress, Überlastung und die Angst vor (rechtlichen) Fehlritten wirken sich im schlimmsten Fall negativ auf die Gesundheit aus. Die Sorge um das Wohlergehen von Lehrkräften und Schulleitungen sollte jedoch eine der höchsten Prioritäten für jeden Arbeitgeber sein. Die Kultusministerien müssen sich hierbei in der Pflicht sehen, möglichen Burnout-Erkrankungen in den Führungsebenen vorzubeugen. Investition in die Gesundheit des Personals führen zudem auch zu höherer Zufriedenheit, was einen längeren Verbleib an einer Schule bewirken kann. Gerade diese Konstanz erscheint mir im Sinne einer nachhaltigen Schulentwicklung von großer Bedeutung.

Entlastungstunden für eine echte Qualitätsoffensive

Neben der Freistellung der Schulleiter*innen vom Unterricht, die in vielen Schularten bereits gängige Praxis ist, braucht es zudem einen nicht zu geringen Stundenpool „Schulentwicklung und Fortbildung“, über den das Führungsteam frei verfügen kann. Mit diesen Entlastungstunden können engagierte Kol-

leg*innen der Taskforce oder einer Steuergruppe versorgt werden. Deren überdurchschnittlicher Einsatz wird dadurch ein Stück weit kompensiert und andere Kolleg*innen motiviert, ebenfalls Aufgaben aus dem Bereich der Schulentwicklung zu übernehmen. Zusätzlich sollte eine Stunde „Fortbildung“ pro Woche fest im Unterrichtsdeputat aller Lehrkräfte verankert sein. Dank dieser Entlastungstunden könnte eine „von innen“ getragene Qualitätsoffensive beginnen und dem ganzen Kollegium Schwung versetzen. Erfolgreiche Schulen haben derartige „Graswurzelprozesse“ bereits eigenverantwortlich initiiert. Dass diese jedoch ohne entsprechende strukturelle Voraussetzungen anlaufen, liegt immer am überdurchschnittlichen Engagement Einzelner, das für die Breite der Schullandschaft und die Verschiedenheit der Kollegien nicht der Maßstab sein darf.

Eine Kultur der Potentialentfaltung

Dem Schulleitungsteam käme in dieser Skizze eine veränderte Rolle zu, die auch eine modernisierte Haltung erfordert. Einzelkämpfer*innen mit der „Ich und meine Schule“ – Denkweise können den Herausforderungen der heutigen Zeit nicht mehr adäquat begegnen. Schulleiter*innen müssen in der Lage sein, die Weisheit der Vielen zu erkennen und zu orchestrieren. Führungskräfte sollten ihren Fokus dabei mehr auf das Aufspüren von Potentialen richten und Lehrkräfte und das kollaborative Arbeiten in Teams fördern, wo immer es geht. An deutschen Schulen schlummert derart viel didaktische Kompetenz, Kreativität, Engagement, Begeisterung und Wissen, das häufig brach liegt, weil alles von Alltagsbewältigung und zu hohen Unterrichtsdeputaten aufgefrisst wird. Schulleitungsteams müssen diese brach liegenden Schätze entdecken und ihnen eine Plattform samt Entfaltungsmöglichkeiten schaffen. Als innovationsbegeisterte und visionäre Teamplayer auf Augenhöhe stellen sie die Schule damit vom Kopf auf die Füße. Sie führen ihre Schule leise, mit flachen Hierarchien und strukturiert, und idealerweise so, dass ein Kollegium davon wenig spürt und vielmehr selbst „vorne dran“ steht.

Die Bildungsrevolution

Ein solches Reformpaket könnte Schulleitungen Kraft zum Aufbruch geben, um sich und ihrer Schule nach der Krise ein neues Selbstverständnis zu geben. Sie könnten mit ihren Kolleg*innen z.B. über fundamentale und mutige Fragen zur Organisation des Lernens diskutieren und tradierte Strukturen auflösen, wo immer es nötig ist. Dabei geht sicher nicht alles und auch nicht alles auf einmal, obwohl wir derzeit so „Frei wie nie“ sein dürften³. Man kann und sollte diese Monate nutzen, um auszuloten, was zur Leitbildent-

wicklung sowie der Profilschärfung, und im übertragenen Sinne zur Entfesselung der eigenen Schule möglich ist. Jetzt gilt es, danach zu fragen, wie viel Klassenzimmer, wie viel Stoffvermittlung, wie viel Stundenplan, wie viel Prüfungen und Benotung, ja letztlich wie viel „alte Schule“ wir umgestalten (oder sogar abschaffen?) können und müssen. Denn nur wer sich von ausgedienten Mustern befreit, kann wirklich Platz für Neues schaffen. Echte Innovation braucht Exnovation und dazu braucht es gesunde, mutige, eigenverantwortliche, kompetente und starke Schulleitungen, die diesen Prozess vor Ort anstoßen, moderieren und letztlich zum Erfolg bringen.

P.S.: Sollten Schulleiter*innen mehr verdienen?

Die Antwort lautet Ja! Neben der überfälligen Angleichung der Lehrer*innengehälter der unterschiedlichen Schularten muss die Besoldung von Schulleiter*innen angehoben werden. Das liegt in erster Linie an den immer zahlreicher werdenden und gleichzeitig immer komplexeren Aufgaben, die ihnen seitens der Schuladministration aufgebürdet werden. Zudem können Schulleiter*innen nicht mehr nur als Lehrkräfte mit einigen Zusatzaufgaben angesehen werden. Sie üben vielmehr einen neuen und eigenständigen Beruf aus. Ihre Leistung ist mit Führungskräften eines mittleren Unternehmens vergleichbar. Und letztlich darf man auch nicht vergessen: Durch die Steigerung der Attraktivität von Schulleiter*innenstellen kann gewährleistet werden, überhaupt noch genug Bewerber*innen zu finden. Bei bundesweit etwa 1000 unbesetzten Schulleitungsstellen ist das in manchen Bezirken nämlich schon lange keine Selbstverständlichkeit mehr. ■



Joscha Falck
Lehrer und Schulentwicklungsmoderator und Vorsitzender der GEW Roth-Schwabach-Hipoltstein in Bayern. Kontakt: joschafalck@gmx.de

¹Andreas Schleicher in den Tagesthemen vom 23.6.2020.
<https://www.ardmediathek.de/daserste/video/tagesthemen/tagesthemen/daserste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlMmRlL3RhZ2VzdGhlbWVvL2E1NGFmNzZmLWFmNGEtdjNC1YTA4LTC4MDcwNjGwYwQ2Mw/> Zuletzt aufgerufen am 27.6.2020

²Cramer/Pietsch (2020): Leadership in German Schools (LineS2020). Universität Tübingen.
<https://osf.io/gncfu/> Zuletzt aufgerufen am 30.6.2020

³Frei wie nie: Interview mit den Schulleiter*innen Frank Wagner, Maïke Schubert und Christian Dern. In: Die ZEIT, Ausgabe 27/2020 vom 25.6.2020.

Ein Zeichen für Bildungsgerechtigkeit

Die GEW unterstützte eine lokale Initiative in Saarbrücken (Wackenberg). Angedacht und organisiert hat sie ein ortsansässiger Bürger in Kooperation mit der Pädagogisch-sozialen Aktionsgemeinschaft (PÄDSAK, e.V.)



Von links nach rechts: Birgit Jenni, Maryam und Marah Alkhatib, Gudrun Hinsberger, Hermann Preßler, Max Hewer | Foto: Andreas Sánchez Haselberger

Können und können ist nicht dasselbe.

„Ich konnte mal eben vier Notebooks kaufen“, schrieb mir eine Frau, die für ihre vier schulpflichtigen Kinder während des Lock-downs das Homeschooling organisierte und einen Beruf ausüben hatte. Sie konnte es immerhin, weil es ihr eben finanziell möglich war. Ihr Können war ein genervtes, ein verständlicher Weise mit den ganzen Umständen hadernendes, ein in besonderer Weise auch Frauen in ihrem Multitasking betreffendes – und doch auch privilegiertes. Bei anderen war eine digitale Grundausstattung nicht vorhanden und beim besten Willen auch nicht erschwinglich. Mit schulischem Unterricht irgendwie versorgt werden, sollen sie dennoch. Die Corona-Pandemie schneidet in unser aller Leben ein als Krise, als Katastrophe wirkt sie sich bei den ökonomisch schlecht gestellten aus.

Meine Schüler*innen, drei Jugendliche aus syrischen Flüchtlingsfamilien, die ich ehrenamtlich im Rahmen der Gemeinwesenarbeit eines Vereins (PÄDSAK, e.V., Saarbrücken) im Fach Deutsch unterstütze, gehörten zu den letzteren. Wie viele deutschstämmige Familien, die nicht erst seit drei, vier Jahren auf dem Wackenberg wohnen. „Unsere Kinder sind so sehr zurückgefallen in den letzten Monaten, als wir geschlossen hatten“, sagte mir eine Mitarbeiterin der PÄDSAK. Die Aktionsgemeinschaft macht in ihrem Haus auf dem Wackenberg seit Jahrzehnten jungen Müttern und Vätern und ihren Kindern ein breitgefächertes Bildungs- und Beratungsangebot,

schärft Jugendlichen z. B. mit Videoworkshops den Blick für Perspektiven auch im übertragenen Sinn und führt Senioren*innen für gemeinsame Unternehmungen zusammen. Angebote für Flüchtlinge und Migranten sind dazugekommen.

Dieses „Zurückfallen“ meine Nachhilfeschilder*innen zwischen März und Juni, als wir beim Lernen nicht mehr um einen Tisch sitzen „konnten“ (jetzt im Sinne von durften), wollte ich vermeiden, also nutzten wir das Internet, sie lediglich mit einem Handy ausgerüstet. Wir wussten, dass es wie ihnen vielen anderen in unserem Stadtbezirk ging, in dem ökonomisch schwächere Familien in Blicknähe ökonomisch besser gestellter wohnen. Was lag näher als der Gedanke, ein Nachbarschafts-Spenden-Projekt ins Leben zu rufen mit dem Ziel, wenigstens einige Familien mit einem Laptop und einem Drucker fürs schulische Homeoffice auszustatten. Dem Einwand, ob das nicht problematisch sei, denn man müsste ja („subjektiv“) entscheiden, wer etwas bekomme und wer nicht, begegnete ich mit der Gegenfrage, ob es nicht besser sei, wenigen zu helfen, als gar keinem? Kleine Initiativen retten nie die Welt, sie blinken in die richtige, anschlussfähige Richtung. Und dann schmiedete sich wie von selbst die saarländische Kette: „Einer kennt einen, der einen kennt...“

Rasch engagierten sich örtliche sozial eingestellte Politiker*innen mit, die Arbeiterwohlfahrt, die Bildungsgewerkschaft GEW

(der KV Blies spendete 1.000 Euro, der KV Saarbrücken/Völklingen 500 Euro) und natürlich genügend Familien, die sowohl Geld- als auch Sachspenden (die verbalen Ermutigungen nicht zu vergessen!) aufbrachten, und der von mir geworfene Schneeball rollte Masse aufnehmend rasch ins Ziel. Dass ein örtlicher Markt für Medien und andere Produkte kräftige Rabatte für den guten Zweck beim Einkauf gewährte, war die letzte Bestätigung dafür, dass ein Aufruf zur Solidarität nicht ins Leere läuft. Wir werden noch lange darüber diskutieren, dass Corona beides befördert (hat): den Egoismus **und** den Gemeinsinn.

Am Ende erhielten neun sowohl deutschstämmige als auch Flüchtlings-Familien eine digitale Grundausstattung für ihre schulpflichtigen Mitglieder. Als ein Familienvater die Geräte entgegennahm, machte er große Augen, verstummte, um dann zu sagen: „Ich weiß nicht, was ich sagen soll.“

Die Spender*innen erhielten auch ein kleines Dankeschön in Form eines kostenlosen Jahresabonnements der Zeitschrift evangelische Aspekte, deren Redaktionsmitglied ich bin und die von der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland (EAiD) herausgegeben wird. Denn Bildungsgerechtigkeit ist uns – evangelisch-traditionell – ein großes Anliegen. ■

Hermann Preßler
ehemaliger Pfarrer, ehrenamtliche Mitarbeit
bei der PÄDSAK, e.V.

Abschied von Denis Goldberg

Wir verabschieden uns von dem südafrikanischen Freiheitskämpfer Denis Goldberg, der zeit seines Lebens gegen Rassismus kämpfte. Um aufzuklären, sprach Denis Goldberg vor Schulklassen, auch in Deutschland und mit GEW-Delegationen.

Kampf gegen die Apartheid

Einer der letzten großen historischen Führer der südafrikanischen Befreiungsbewegung gegen die Apartheid ist am 29. April 2020 gestorben. Er starb kurz nach Vollendung seines 87. Lebensjahres. Denis Goldberg, als Sohn in einer jüdischen Familie in Südafrika aufgewachsen, lernte als Weißer Diskriminierung früh in der Schule kennen, wo ihm antisemitische Vorurteile entgegengebracht wurden. Das prägte sein gesamtes Leben. Bis zuletzt setzte er sich stets für die Würde aller Menschen, den Schutz von Minderheiten, gegen Unterdrückung und für soziale und politische Rechte ein.

Denis Goldberg hat sein Leben lang dem ANC (African National Congress) angehört. Er war einer der Protagonisten als nach dem Sharpeville Massaker 1960 der bewaffnete Kampf im ANC aufgenommen und Umkhonto we Sizwe, der bewaffnete Arm des ANC, gegründet wurde. 1963 wurden er und ein großer Teil der Führung des inzwischen verbotenen ANC in ihrem Versteck auf der Liliesleaf-Farm in der Nähe von Johannesburg festgenommen. Zusammen mit Nelson Mandela wurden sie im Rivonia-Prozess angeklagt.

22 Jahre im Gefängnis

Denis Goldberg wurde –wie die meisten Angeklagten- zu vierfacher lebenslanger Haftstrafe verurteilt und musste 22 Jahre in Pretoria unter isolierten Bedingungen absitzen. Die Apartheid machte auch vor den Gefängnissen nicht halt: Als Mann weißer Hautfarbe kam er nach Pretoria, während seine Genossen auf Robben Island eingekerkert wurden.

1985 kam er frei und ging über Israel zurück nach London ins Exil zu seiner Familie. Von dort setzte er den Befreiungskampf für den ANC bis zum endgültigen Ende der Apartheid fort. Freiheits- und Gleichheitsrechte, rechtliche Gleichstellung und Menschenrechte für alle waren für Denis Goldberg wichtig und er wusste persönlich, was es gekostet hatte, diese zu erreichen. Dennoch war ihm als langjähriges Mitglied auch der kommunistischen Partei Südafrikas und des Gewerkschaftsbundes



Foto: Manfred Brinkmann

COSATU (beide Organisationen seit 1994 im Regierungsbündnis mit dem ANC) bewusst, dass diese Rechte auch soziale Rechte und Teilhabe beinhalten müssen. Und dass Südafrika im Jahr 2020 davon weit entfernt ist, war auch für Denis Goldberg sehr schmerzhaft.

Aufklärung an Schulen

Denis Goldberg war der vorletzte Überlebende der 11 Angeklagten des Rivonia-Prozesses, und er wollte diese historischen Erfahrungen weitergeben. Unermüdlich, bis seine schwere Krankheit ihn daran hinderte, reiste er um die Welt, um vor allem mit jungen Menschen seine Erfahrungen zu teilen. Über diese Arbeit war die GEW seit langem mit ihm verbunden. Auf seinen vielen Reisen auch nach Deutschland lernten wir ihn kennen und schätzen. Er hatte im Gefängnis Deutsch gelernt und wusste viele Schülerinnen und Schüler auch in Deutschland mit seinen, den Jugendlichen zugewandten, Reden, seinem Humor, seiner Gradlinigkeit und Bescheidenheit zu fesseln.

In einem Interview in der taz antwortete er auf die Frage, warum er als Weißer, der alle Privilegien hatte, gegen die Apartheid gekämpft hat, sehr einfach: „Weil Apartheid falsch ist. Und ich war nicht der einzige Weiße, der so gedacht hat. Es waren Hunderte Weiße in Kirchen oder Gewerkschaften organisiert. Meine Eltern waren Kommunisten. Mir wurde beigebracht, Menschen zu respektieren. Meine Helden aus dem Zweiten Weltkrieg waren

die Partisanen, die hinter den feindlichen Linien gekämpft haben. Und auch in Nazideutschland gab es Widerstand, Menschen, die ihr Leben für Freiheit riskiert haben. Weil Freiheit wichtiger ist. Ich wusste, dass auch ich das tun würde, sollte es nötig sein. Nur stillzuhalten, ist nicht genug. Du bist immer noch ein Teil davon, schuldig. Ich wollte nicht schuldig sein.“ Diese klare Haltung beeindruckte die Jugendlichen, mit denen er sprach.

Soziales Engagement in Südafrika

Die GEW-Delegation beim Weltkongress der Bildungsinternationale in Kapstadt 2011 hatte die Gelegenheit, einen Abend mit Denis Goldberg in seinem Wohnort Hout Bay zu verbringen und dort mit ihm Musik- und Tanzdarbietungen von Kindern und Jugendlichen zu sehen, mit ihm zu essen, zu reden und zu tanzen.

In Hout Bay war er seit Jahrzehnten aktiv engagiert, vor allem sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Bildung, Kultur, Musik und Tanz zu vermitteln und so daran mitzuarbeiten, der südafrikanischen Jugend eine Zukunft zu geben. Er gründete dafür eine Stiftung: „House of Hope“ (<https://goldberghouseofhope.co.za>). Das war für ihn ein wichtiger Beitrag für die Schaffung eines besseren Südafrika – einem Kampf, dem sich Denis Goldberg sein gesamtes Leben lang verschrieben hat. ■

Klaus Bullan und Carmen Ludwig

Erfolgreiche Arbeit sichtbar machen

Aktuelle Bewerbungsrunde im Wettbewerb „Demokratisch Handeln“



Seit 2017 koordiniert das Adolf-Bender-Zentrum im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung die regionale Beratung des bundesweiten Wettbewerbes „Demokratisch Handeln“.

Der Wettbewerb wird bereits seit 1989 durchgeführt und richtet sich an alle Schulformen sowie die außerschulische Jugendarbeit. „Demokratisch Handeln“ will demokratische Haltung und demokratische Kultur im Alltag von Schule und Jugendarbeit stärken.

Teilnehmen können Kinder und Jugendliche alleine, in Gruppen oder zusammen mit Lehrenden, Eltern und Akteuren der Jugendarbeit. Interessant sind vor allem Themen und Projekte, die eine Eigenverantwortlichkeit der Teilnehmenden erfordern und unterstützen. Hierbei kann gerne auf bereits bestehende, aber bislang noch nicht eingereichte Aktivitäten zurückgegriffen werden, ebenso kann eine Einbindung in größere Gesamtkonzepte dargestellt werden.

Wettbewerbseinsendungen sind bis 30.11. eines jeden Jahres möglich und werden von einer bundesweiten Fachjury gesichtet. Im

Frühsommer des Folgejahres werden Akteure aus ca. 50 Projekten zur kostenfreien Teilnahme an einer mehrtägigen „Lernstatt Demokratie“ ausgewählt, in deren Rahmen die Beteiligten ihre Projekte vorstellen können, sich vernetzen und gemeinsam an Themen und Formen demokratischen Engagements arbeiten. In den letzten Förderjahren wurden aus dem Saarland u.a. die Projekte der Gemeinschaftsschule Lothar-Kahn-Schule Rehlingen-Siersburg, des Gymnasiums Wendalinum St. Wendel, des Ludwigsgymnasiums Saarbrücken, des Jugendforums Saarpfalz sowie der Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule Spiesen-Elversberg ausgezeichnet.

Wir würden uns sehr freuen, wenn auch Sie das vielfältige Engagement Ihrer Schule oder

Jugendgruppen sichtbar machen, indem Sie Ihre Aktivitäten im Kontext des Demokratielernens vor Ort gemeinsam mit den Jugendlichen als Wettbewerbsbeitrag einreichen. ■

Weitere Informationen und einen Überblick über bisher eingereichte Projekte finden Sie unter: <http://www.demokratisch-handeln.de/>

Infos zur Regionalberatung finden Sie hier: <https://adolfbender.de/beratung/wettbewerb-demokratisch-handeln/>
Für Rückfragen und Beratung zur Bewerbung steht das Team des Adolf-Bender-Zentrums Ihnen gerne zur Seite.
Adolf-Bender-Zentrum
Gymnasialstraße 5, 66606 St. Wendel
Tel. 06851 / 808279-0
info@adolfbender.de
www.adolf-bender.de
fb.com/benderadolfbender



Gymnasium Wendalinum Lernstatt Demokratie Bad Mündler 2019 | Foto: ???



Jugendforum Saarpfalz Lernstatt Demokratie Hamburg 2018 | Foto: ???

DIE BILDUNGSGEWERKSCHAFT EMPFIEHLT: AKTIV WERDEN GEGEN NAZIS



Ein etwas anderer Familien-Film



Michi droht mal wieder mit Rauswurf, als sein Sohn Romeo, wie so häufig, bekifft nach Hause kommt. Der antwortet nur schnippisch: „Wie oft hast du mir das schon gesagt? Ich höre gar nicht mehr hin!“ - und in der Tat ist das Drohpotential des Vaters damit auch schon erschöpft. Anstatt ernst zu machen, flieht sich Michi in ein warmes Bad, wo er, bis zum Hals in Seifenschaum, den Sachbuch-Bestseller „Homo Deus“ liest. Darin geht es um den Weg der Menschheit vom gemeinen Affen zum Herrscher über die Welt und um ihr Streben nach Perfektion und Gottgleichheit. Stärker könnte der Kontrast zur profanen Erziehungswirklichkeit der Familie Kamber-Gruber nicht sein.

Die wird bestimmt durch die unverbessertlich-infantilen Zwillinge Anton und Romeo, die mit ihren Zwanzig Jahren der Gottgleichheit denkbar fern sind: unselbstständig, disziplinos, dabei anspruchsvoll, rücksichtslos und vulgär – die Beiden sind unausstehlich. Obwohl ihre Eltern verbal permanente rote Linien ziehen, bleibt dies ohne Konsequenzen und sie können sich immer darauf verlassen, dass ihr Chaos im Zweifelsfall von anderen beseitigt wird. So bleibt das Interesse der Zwillinge, endlich erwachsen zu werden, eher gering. Unter dieser verfahrenen Situation leidet auch die Ehe der Eltern und der Jüngste, Benji, droht dabei unterzugehen. Die Lage spitzt sich zu, als Michi eine zweimonatige Auszeit von Beruf und Familie plant, während seine Frau gerade versucht, in der Lokalpolitik durchzustarten. Zu allem Überfluss händigt dann auch noch der Großvater Anton und Romeo zu ihrem Geburtstag einen ordentlichen Vorschuss auf ihren Erbanteil aus, wodurch die nun finanziell (prä-)potenten Brüder den Rest der Familie auf ganz neuem Niveau terrorisieren können.

Kommentiert wird das Kleinfamilien-Drama von mehreren (echten) Erziehungsexpert*innen, die, hineingesetzt ins Wohn-, Bade-, oder Schlafzimmer der Kamber-Grubers, die größeren sozialen Zusammenhänge des Familienkonflikts erläutern. So erklärt etwa der Kinderarzt und Sachbuchautor Remo Largo, auf dem Badewannenrand sitzend, dass die mangelnde Selbstständigkeit heutiger Jugendlicher nicht zuletzt damit etwas zu tun hat, dass sie auch stärker als frühere Generationen von

den Erwartungen, Wünschen und Träumen der Eltern fremdbestimmt werden. Ursprünglich hierfür sei der gesteigerte Leistungsdruck, der nicht nur die Kinder und Jugendlichen trafe, sondern auch Erwachsene und Alte. In den Familien wächst die Anspannung, weil die einen aus guten Gründen das warme Nest nicht gegen das Haifischbecken tauschen wollen, während die Ansprüche der anderen an den Nachwuchs immer größer werden.

Diese verfremdenden Eingriffe in die Filmwelt verhindern, dass die Frage, wer Schuld an der Verzogenheit der Zwillinge hat, auf allzu individuelle Weise beantwortet wird. Es wird mit dem Finger weder auf die inkonsequente Erziehungsweise der Eltern gezeigt, die ja so häufig als Ursache für eine verkorkte Jugend postuliert wird, noch auf die Jugendlichen selbst, die sonst üblicherweise für alle Laster in der Gesellschaft verantwortlich gemacht werden. Der Film zwingt sein Publikum, nach den tieferen Ursachen zu suchen, und gibt ihm dafür durch die Auftritte der Spezialist*innen auch gleich eine wissenschaftliche Perspektive an die Hand. Obwohl das Genre der Familien-Komödie geradezu zu Stereotypen und zum Kitsch einlädt, zeichnet sich „Wir Eltern“ durch seine Originalität und Unberechenbarkeit aus. Der Film bleibt sich darin bis zuletzt treu und liefert auch keinen Schluss, an dem sich alle wieder versöhnt in den Armen liegen – etwas, das man im Kino leider allzu häufig aufgetischt bekommt. Mehr soll nicht mehr verraten werden, nur so viel: Das Regime der Zwillinge gerät noch ordentlich ins Wanken. ■

Joshua Schultheis



Kohlrabenschwarz

Dietmar Moench (* 1939) wurde 1968 an der Universität des Saarlandes promoviert mit der Arbeit „Die methodologischen Bestrebungen der Freiheitsbewegung auf dem Wege zur Methodenlehre der Gegenwart“. Der Jurist, der als Ministerialrat im Finanzministerium des Saarlandes beschäftigt war, hat schwerpunktmäßig zu seinem Fachgebiet Erbschaftssteuer publiziert. Zwei Publikationen zeigen aber auch andere Interessen des Autors auf: 2015 veröffentlichte er in der Edition Schaumburg eine Monografie über Hans Schales (* 1938), Missionsarzt in Nigeria und Simbabwe: „Hans Schales. Leben für Afrika. Seine Lebensgeschichte im Spiegel einer Freundschaft“.

Seine jüngste Publikation bezieht sich auf einen kurzen Lebensabschnitt Moenchs, ein zweimonatiges Praktikum unter Tage auf Grube Reden im Herbst 1958. Im Einführungskapitel wird die Geschichte der Grube Reden skizziert. Zur Zeit seines Praktikums waren 65.000 Menschen im Saar-Bergbau beschäftigt. Moench ist sich bewusst, dass er ohne Protektion seines Vaters, des Bergwerksdirektors, nie als Praktikant angenommen worden wäre. „Heute sehe ich deutlicher als damals, dass mir ein jeder als den ‚Sohn des Herrn Direktor‘ von vornherein kritisch oder misstrauisch begegnen musste. Bis heute bin ich stolz, dass ich nach kurzer Zeit als der akzeptiert worden bin, der ich damals war, vor allem in der ‚Partie Zimmer‘ mit einer Gruppe Bergleuten von besonderer Persönlichkeit, auch mit durchaus liebenswerten Schrullen“ (S. 12). Alle Erlebnisse wurden dem Jurist Moench sieben Jahr später wieder bewusst, als er mit seiner Frau in eine günstige „Grubenwohnung“ einzog und die Erinnerungen an sein Praktikum niederschrieb.

Dem Neunzehnjährigen ging es 1958 nicht um den Verdienst oder „körperliche Ertüchtigung“, sondern um die Überbrückung der Kluft, auf Grund seiner Umgebung, Erziehung und Ausbildung zwischen sich und „den sogenannten einfachen Leuten – was für ein unpassender Ausdruck!“ (S. 14). Dietmar wollte Einblick in die ihm fremde Welt der Arbeit gewinnen. Während der Tauglichkeitsprüfung wurde er gefragt, ob er ins Mannschaftsbad wolle – den Steigern stand eine Badekabine zu. Als er mit „Natürlich!“ antwortete, bekam er zu hören: „Ei dõ fãld awwa manches raue Wort!“ (S. 17).

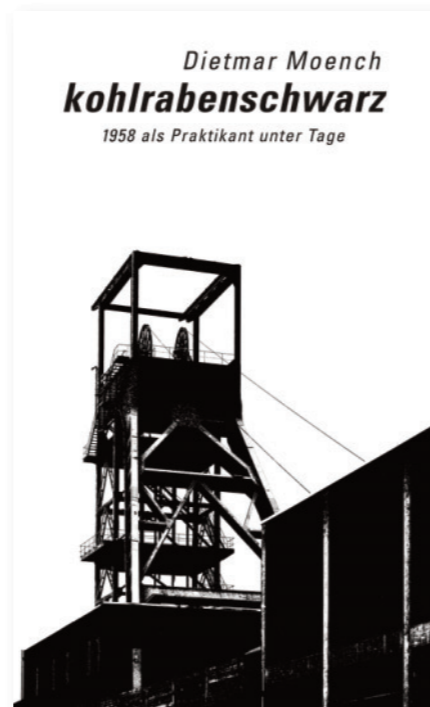
Wir erleben den Praktikanten bei der Arbeit in unterschiedlichen Abteilungen und erfahren, wie er die Bergarbeiter wahrnimmt und sie ihn immer mehr als einen der Ihrigen annehmen. So konnte Dietmar im Lehrstollen vor allem sein Saarländisch auffrischen, kam wenigstens in den richtigen Tonfall und freute

sich über so herrliche Ausdrücke wie „raulich, rechter, verbawwert, allemòl“ (S. 25). Er wollte gerne mit den anderen mithalten, aber im Streb, vor Kohle, ging es jedoch nicht. Der Jugendliche lernte eindringlich, wie schwer diese Arbeit war, zumal in der feuchtmuffigen, schweißtreibenden Luft und bei einer Strebhöhe von wenig mehr als einem Meter. Hinzu kamen Lärm, eine immer gebotene Vorsicht und das seltsame Licht, das nur aus huschenden Lichtkegeln der Kopflampen bestand. Beim Waschen des Rückens unter der heißen Dusche halfen sich die Bergleute gegenseitig. Im Gesicht blieb meist ein Rest an Dreck und immer der schwarze Rand um die Augen, die „Knappschaftsbrille“, auf die Dietmar ausgesprochen stolz war, weil sie seiner Freundin imponierte. Nach der Zeit im Lehrstreb mit drei Schichten in der Bandstrecke, einer beim Schrämen im Streb, vier in der Verwerfung und zwei in der Kopfstrecke schrieb der Steiger einen Verlegungsschein für den „Pragdikant Ditmar Moensch“ zur „Partie Zimmer Hannes“.

Im Kapitel „Das Innenleben der Partie ‚Zimmer Hannes‘“ werden uns die einzelnen Mitarbeiter vorgestellt, ihre Eigenheiten, Redewendungen und ihre Träume. Hier eine Kostprobe: „Als ich dem Fritz trotz all seiner Krankheiten ein hohes Alter prophezeie, schwang ihm, dass man ihn kurz nach der Pensionierung absichtlich totfahren wird, die Knappschaft zahle nämlich jedem Autofahrer, der einen Pensionär überfährt, eine Prämie von dreißigtausend Franken“ (S. 47, 50).

Trotz guter Brote zur Halbschicht nahm Dietmar stark ab, was seine Freundin mit dem Wort „Dürrling“ abtat und sein Vater mit „überflüssiger Speck“. Die Hände und Schultern wurden kräftiger. Die Gefahren am Arbeitsplatz wurde auch dem Praktikanten Dietmar Moench verdeutlicht, als er am 13. Oktober 1958 schwere Schläuche zur Arbeitsstelle schleppte, mit den genagelten Schuhen auf einer Eichenschwelle ausrutschte und mit dem Schienbein am Holz vorbeischrämte. Obwohl der Heilgehilfe mit einigen Wochen für den Heilungsprozess rechnete, bestand Dietmar darauf, wieder einzufahren. „Vielleicht entspringt dieser Entschluss einer gewissen Naivität. Wahrscheinlich würde ich anders denken, wenn die Bergmannsarbeit mein Beruf wäre“ (S. 67).

Nach zwei Monaten gab Dietmar seinen Ein- und Ausstand. Beim Heimweg fragte ihn Johann Zimmer: „Dietmar, ich mechd wisse, wie's in dem Kopp aussieht iwwer uns. Ich hann in dem Gesicht schon so vill gesiehn“. Der Folgesatz lautet: „Ich spüre nie deutlicher



als jetzt, dass wir bei allem gegenseitigen Verständnis doch in unterschiedlichen Welten leben, wobei die meine sich täuscht, wenn sie sich einbildet, nicht nur anders, sondern auch besser zu sein – das ist sie nicht“ (S. 73).

Das Schlusskapitel lautet „Fünfzig Jahre danach...“ Johann Zimmer schickte Dietmar Moench noch Monate nach dem Praktikum Briefe nach Heidelberg, die er „wie einen Schatz“ hütet und aus denen nun Teile veröffentlicht wurden. 2011 fuhr der Autor nach Schiffweiler zu dem Haus Johann Zimmers, in dem jetzt dessen Sohn und Schwiegertochter wohnen. Mit dem alten VW-Käfer, den Dietmar vom Lohn der Grubenarbeit gekauft hatte, fuhr er beide an ihrem Hochzeitstag zur Trauung und sprang als Trauzeugen ein, weil der ursprünglich Vorgesehene ausblieb. Dietmar Moench hat „kohlrabenschwarz“ Johann „Hannes“ Zimmer (1904-1984) gewidmet. Das Buch endet mit dem Satz: „Ein solcher Mensch darf nicht vergessen werden“ (S. 79).

Dieses Buch, das die Erfahrungen eines saarländischen Jugendlichen mit der bergmännischen Arbeitswelt zum Thema hat, ist den heutigen Jugendlichen sehr zu empfehlen. Sie erhalten einen Einblick in die Arbeitsbedingungen und die Mentalität ihrer Vorfahren. Zudem wird ihnen ohne erhobenem Zeigefinger verdeutlicht, dass Standesdünkel abzulehnen sind. Das Buch hält aber auch die Erinnerung wach an den Bergbau, der Menschen und Landschaft an der Saar tief geprägt hat. ■

Franz Josef Schäfer

Dietmar Moench: Kohlrabenschwarz.
1958 als Praktikant unter Tage.
Marpingen: Edition Schaumburg 2019, 80 S., 16 Abb.
ISBN: 978-3-941095-63-2
Preis: 15 Euro

Schlusswort

American summer

Den GröPaZ* konnte man Anfang Sommer seh'n
Mit einer Bibel in erhob'ner Hand
Großkotzig vor seiner „White House Chapel“ steh'n
Wie er da sprach zu seinem Land

Zuvor ließ er gewaltsam sich den Weg freimachen
Die bösen Demonstranten vertreiben
Dafür hat er schließlich seine nationalen Wachen
Dass Chaoten ihm vom Halse bleiben

Ein Schwarzer wird ermordet von weißen Polizisten
Das berührt den GröPaZ* nicht
„Black lives matter“, das sind für ihn nur Terroristen
Seine Dummheit zeigt Gesicht

Er droht seinem eigenen Volk mit Militäreinsatz
Er zieht sie ganz fest an, die Zügel
Und machen diese Anarchisten weiterhin Rabbatz
Er bringt alle hinter Schloss und Riegel

Breitbeinig steht er da, wie einst John Wayne als Sheriff
Zeigt diesem Abschaum seine Zähne
Der GröPaZ* hat sich ganz offensichtlich nicht im Griff
Er schnaubt unter der blonden Mähne

Dieser Mob, der die Köpfe großartigster Amerikaner versaut
Gehört zehn Jahre ins Gefängnis
Der Spruch, hätte GröPaZ* nur mal in den Spiegel geschaut
Würde seinem Frisör zum Verhängnis

Sein „Great America“ hat er schon lange zwiegespalten
Die Wahrheit biegt er sich zurecht
Kaum zu begreifen, dass noch welche zu ihm halten
Denn dieser Kerl ist grottenschlecht

Wie „great“ ist seine Taktik, mit der er Corona überwindet
Er tut so, als sei nichts gewesen
Ist überzeugt, dass „Kung Flu“ wohl von selbst verschwindet
Zurück zu den Chinesen

Und dann zahlten wir Germans für unsere Army nicht genug
Weil er uns ja verteidigt
Sei dies an seiner „Greatest Nation“ doch ein riesiger Betrug
Spricht Leberwurst beleidigt

Wie schön, wenn dieser Sommer jetzt sein letzter wär
Die Wahl im Herbst es endlich richte
Den Epilog auf ihn zu dichten, fiele mir nicht schwer
Auf diesen GröLaZ** der Geschichte

* GröPaZ = Größter Präsident aller Zeiten
** GröLaZ = Größter Lügner aller Zeiten

Harald Ley

SAAR MOL ...

Stefanie Schütz-Eich feiert in diesem Monat ihren 60. Geburtstag:

Ich bin in der Gewerkschaft, weil ...

ich im Herzen bis heute Gesamtschullehrerin bin. Meine erste Festeinstellung im saarländischen Bildungswesen bekam ich im Jahr 1986 an der GanztagsGesamtschule Neunkirchen. Gesamtschulen waren zu dieser Zeit keine Selbstverständlichkeit – ganz im Gegenteil. Aus vielen politischen Lagern, sogar aus Teilen der SPD, wurden sie angefeindet. Vorbehaltlose Unterstützung erfuhren sie damals nur von Seiten der GEW – für mich Grund genug, Mitglied zu werden.

Gewerkschaften sind für mich ...

in erster Linie Solidargemeinschaften. Die GEW als Bildungsgewerkschaft vertritt aber nicht nur die persönlichen Interessen ihrer Mitglieder, sondern insbesondere die Interessen der Bildung. Mit anderen Worten: Natürlich verlasse ich mich gerne auf meine Gewerkschaft, wenn es darum geht, mich gegen meine Benachteiligung als Hauptschullehrerin zu wehren. Viel wichtiger aber ist mir, dass meine bildungspolitischen Vorstellungen von der GEW zu einem ganz großen Teil vertreten werden. Die GEW gibt uns, die wir unmittelbare Bildungsarbeit vor Ort leisten, eine Stimme. Bildungspolitische Vorstellungen entstehen in der GEW aus der Praxis, nicht am grünen Tisch.

Bildungsaufgaben in Deutschland ...

wurden in den ersten Monaten der Corona-Krise wieder einmal besonders deutlich. Während das Kind aus einem bildungsfernen und sozial schwachen Elternhaus mit seinem Handy zum NETTO gehen musste, um Empfang zu haben, wurden andere mit einem

neuen Laptop ausgestattet und erhielten jede erdenklich Unterstützung aus dem Elternhaus. Die ohnehin vorhandene Schere ging noch weiter auseinander. Schulen brauchen Digitalisierung für ALLE. Nach wie vor ist Chancengleichheit die große Herausforderung in der Bildungspolitik!

Lernen ...

sollte dazu befähigen, mit sich selbst, mit seinen Mitmenschen und mit der Lebenswirklichkeit zurecht zu kommen. Die einen lernen in der Schulküche, wie man gesund und lecker kocht, leider müssen aber andere auch lernen, wie man vernünftig kocht, wenn am Ende des Monats das Geld knapp wird. Und alle Kinder müssen lernen, miteinander auszukommen und sich gegenseitig Wert zu schätzen. Empathie, Solidarität und Gemein-sinn sind mir genauso wichtig wie Simple Past und Inhaltszusammenfassung. Und da jeder irgendwann Geld verdienen muss, engagiere ich mich seit vielen Jahren in der Berufsorientierung.

Daran werde ich mich gerne erinnern ...

an die Solidarität der Anfangsjahre: Die Anfeindungen, denen die Gesamtschule in den ersten Jahren ausgesetzt war, hat uns sehr zusammengeschweißt. Wir waren überzeugt davon, auf dem richtigen Weg zu sein. Hitzige Teamsitzungen und Diskussionen bis in die Nacht, Fortbildungsveranstaltungen in der Freizeit, schulübergreifende Diskussionsveranstaltungen und Demonstrationen trotz Androhung von Disziplinarverfahren waren für uns eine Selbstverständlichkeit. Heute werden unsere Ideen allgemein anerkannt. Diese Akzeptanz haben wir gemeinsam erkämpft! ■

Die GEW gratuliert allen Kolleginnen und Kollegen, die im Monat September Geburtstag haben und wünscht ihnen alles Gute.

Bei denjenigen, die in diesem Monat 25 Jahre und länger Mitglied unserer Gewerkschaft sind, bedanken wir uns für ihre Treue.



Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene Mitglied gibt es eine unserer Prämien.*



Weinset der Lebenshilfe



Kurierrucksack



Powerbank Poki



30-Euro-Spende



Vier CinemaxX-Gutscheine



Bluetooth-Box



Kräuter-Anzuchtset



Gewürzbox Allrounder



Bentobox Himeji



Zwei Fahrradtaschen



Multihacker



30-Euro-Spende

**Neues Mitglied werben und weitere Prämien ansehen
unter: www.gew.de/praemienwerbung**

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Vorname/Name	GEW-Landesverband
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße/Nr.	Telefon
<input type="text"/>	<input type="text"/>
PLZ/Ort	E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102